

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Monnentspreis 50 Hg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebengepaarte Kolonelle resp. deren Raum 1.- Mark.
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Alle Verband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**
Druck u. Verlag von **Sansmann & Co., Bochum, Wismelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zwei Fragen.

Die Mordmaschine, auch Auto genannt,
hat wieder viel Menschen zu Tode gerannt,
Und vielen andern zermürbt und gebrochen
Die vordem guten und graden Knochen -
Wann endlich wird Einhalt getan dem Verderben?
Wie viele müssen zuvor noch sterben? -

S. A.

Pojadowskys Sturz.

„Die Bahn ist nun frei für eine christlich-nationale Sozialpolitik.“

Warum die Stellung des Staatssekretärs von Pojadowsky „erschütterter“ war, weshalb er vom Ministerstuhl gestürzt worden ist, das erfährt der „nur beschränkte Unterthan“ nicht. Plötzlich fallen Minister, andere tauchen auf. Nach Jahr und Tag ist auch die Stellung der neuen Minister „erschütterter“, das Fallbeil ruft herab, andere Namen stehen in der Ministerliste. Warum, weshalb? Ubrichte Frage. Was braucht das Volk es zu wissen. Man hört tuscheln und raunen von unsauberen Hintergeschichten, von dunklen Mächtschancen einer „Nebenregierung“, und plötzlich kommt ein Ministersturz.

Mit dem Grafen von Pojadowsky ist ein Minister gestürzt worden, dem die große Majorität des Volkes immerhin noch das meiste Vertrauen entgegenbrachte. Wir gehören nicht zu den Verherrlichern des Gestürzten. Daß er 1899 das Knebelungsgesetz (Büchthausvorlage) vertrat, 1902 den Politarif mit seinen bedeutend erhöhten Lebensmittelpreisen durchsetzte, kann ein Arbeitervertreter nicht vergessen. Auch hat Graf v. Pojadowsky in seiner zehnjährigen Tätigkeit auch nicht eine einzige Gesetzesvorlage herausgebracht, die einer Grundforderung der Gewerkschaften gerecht geworden wäre. Die Vorlage betreffend „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ (Herbst 1906) erfuhr arbeiterseits eine so schroffe Ablehnung, daß der Gesetzesentwurf zurückgezogen werden mußte.

Trotzdem war Graf v. Pojadowsky der Minister, dessen Verständnis und Interesse für soziale Fragen auch arbeiterseits anerkannt werden muß. Wer ihn bei den verschiedensten Gelegenheiten im Reichstage über die Arbeiterforderungen reden gehört hat, bekam den Eindruck: „Dieser Mann möchte wohl, aber er darf nicht den Arbeiterwünschen entgegenkommen!“ Der Abg. Träger (freis. Volkspartei) vergißt ihn in der vorjährigen Verbandsdebatte mit dem „gefesselten Prometheus“. Pojadowsky selbst deutete im Laufe der diesjährigen sozialpolitischen Debatten an, er würde, weil er „Minister für Sozialpolitik“ nicht „Minister gegen Sozialpolitik“ sein wolle, von gewisser Seite schwer verleumdet. Auf den Zwischenruf unseres Kameraden Hue: „Von welcher Seite?“ entgegnete Pojadowsky ausweichend: „Das ist eine sehr neugierige Frage.“ Dennoch wußte ein jeder Politiker, daß der Minister, nachdem er sich einem mehr fortschrittlichen sozialpolitischen Standpunkt genähert hatte, heimlich und offen von Junkern und Scharfmachern verfolgt wurde! War es doch das Tagesbefehlungsorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die einige Tage vor seinem Sturz dem Grafen v. Pojadowsky einen „Sautieb“ verjagte.

Während des Generalstreiks der Bergleute 1905 erklärte Pojadowsky im Reichstag, die wüsten Latarennachrichten der Zechenpresse über „Ausdehnungen“ der Streikenden seien zum größten Teil frivoler Schwindel. Als 1906 die Siebenerkommission den Werksbesitzervereinen die Lohnforderung überreichte, erschien im Regierungsblatt „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein Aufsatz erregender Artikel, der die Berechtigung der Lohnforderungen anerkannte und den Unternehmen zuredete, doch mit den Organisations- und den Arbeiter zu verhandeln. Allgemein wurde dieser Artikel auf Einwirkungen aus dem Reichsamt des Innern zurückgeführt, dessen Vorsteher der jetzt gestürzte Graf Pojadowsky war. Damals schon verlangte die Zechenpresse während die Entfernung des Frevlers gegen den Herrenstandpunkt der Grubenkönige. Man haben sie ihren Willen.

Man versuchen die Zeitungen, die Pojadowskys Sturz nicht mit der Sozialpolitik in Verbindung bringen wollen, eigentlich zu täuschen? Daß sich an diesem Täuschungsversuch selbst Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ beteiligen, macht die Sache nicht schöner. Für die Arbeiter steht fest, daß der Minister gestürzt worden ist, weil selbst seine sehr gemäßigten sozialpolitischen Junkern und Scharfmachern noch zu radikal war. Und das ist es, was nach dem „nationalen“ Wahlausfall den Sturz Pojadowskys besonders aufklärend macht. Pojadowsky war die Hoffnung der „christlich-nationalen“ Gewerkschaften! Auf ihn, den sogenannten „Vorkommissar der Sozialpolitik“, vertrauten die „christlich-nationalen“ Arbeiterführer als ihren verständnisvollen Förderer. „Die Bahn ist frei!“ jubelten die M.-Glabbacher und die Stöckerleute, als sieben der ihrigen in den neuen Reichstag gewählt waren. Das „Christliche Zentralblatt“ vom 11. Februar 1907 schrieb:

„Nachdem man der Sozialdemokratie diese Niederlage beigebracht hat, und alle Welt darüber triumphiert (!), muß der neue Reichstag nunmehr den Beweis erbringen, daß ohne die Sozialdemokratie die soziale Reform in Deutschland nicht bloß auch zu machen ist, sondern besser zu machen ist.“

Wir dagegen schreiben, der Wahlausfall habe die arbeiterfeindliche Strömung in der Gesetzgebung vorträgt. Natürlich wußte man in M.-Glabbad darüber besser Bescheid, blieb dabei, nun sei die Bahn frei! Nachdem aber der neue Reichstag seine erste Tagung beendet, die sieben „Christlich-nationalen“ ihre „praktische Politik“ betrieben hatten, urteilte das leitende westdeutsche Zentrumsblatt:

„Klatsch Weisfall — applaudiert, Freunde, die Komödie ist aus... Erfolgloser und interessloser ist noch selten eine mit solchen Erwartungen begonnene Reichstagsession zu Ende gegangen.“

Und dieser grausamen Enttäuschung folgt jetzt eine noch schlimmere für die „Christlich-nationalen“: ihr Vertrauensmann Pojadowsky muß einem Vertrauensmann der Junker und Scharfmacher weichen. Was das bedeutet, darüber schreibt das führende Zentrumsblatt die „Königliche Volkszeitung“:

Die erste Folge wird sein: entweder voller Stillstand der Sozialreform oder Verzögerung der Fortführung um zwei bis drei Jahre. Wenn nun auch der neue Staatssekretär kein Scharfmacher ist, so bedeutet doch Pojadowskys Sturz ein Zugeständnis an die Scharfmacher. Auf abschbare Zeit haben die Scharfmacher Ruhe. Die schönen Neben des Reichstanzlers über die Weiterführung der Sozialreform beunruhigen sie nicht, fürst Wilton hat auf diesem Gebiete seit Jahren nur Worte gehobt. Man braucht nur die eine markante Tatsache hervorzuheben: wie freundlich hat man im Januar 1904 die christlich-nationalen Arbeiter empfangen und ihnen alles zugesagt. Ueber drei Jahre sind verfloßen, und nicht ein Wort ist eingeklebt, obwohl im Reichstage stets eine Mehrheit für die Verwirklichung der betreffenden Arbeiterwünsche vorhanden war. Auch im neuen Reichstage hat der Reichstanzler mit Worten und „Gedanken“ nur so um sich geworfen. Denjenigen, der sie zur Tat machen kann, den schickt man aus. Bis ein Nachfolger sich eingearbeitet hat, dauert es mehrere Jahre, und so lange steht der Wagen still, wobei noch vorausgesetzt ist, daß der neue Rutscher die Bahn seines Vorgängers wandeln will.“

Graufamer hat die Fronte der Weltgeschichte wohl selten ihres Amtes gewaltet. So lange die angeblich „unfruchtbaren Ruten“ ihre Mandate vermehren (1898, 1903), blieb Pojadowsky im Amt. Als aber mit tatkräftiger Hilfe der M.-Glabbacher und Stöckerleute, durch eine beispiellose Verfehlung der Wähler und strupellose Wahlbeeinflussung den „Ruten“ eine Anzahl Mandate verloren gingen, wodurch die „nationale Mehrheit“ zustande kam, da hatte auch das Stündlein Pojadowskys geschlagen. Ein anderer Wahlausfall hätte Pojadowskys Stellung befestigt, er bekam mehr Autorität für die Durchführung seiner sozialpolitischen Reformpläne. Dies Ministerleben hat der „nationale“ Wahlausfall beendet. Die M.-Glabbacher und Stöckerleute haben somit geholfen, den ihnen am günstigsten gesinnten Minister zu stürzen! Klatsch Weisfall Freunde, die Komödie ist aus.“

Das Hauptorgan der M.-Glabbacher, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ leitartikel:

„Pojadowsky sah ein, daß mit den Elementen, welche sich unter der neuen „nationalen“ Parole sammelten, keine konsequente Politik, am wenigsten Sozialpolitik sich treiben ließ... Die Frauen mit gutem Gewissen sagen, den christlichen Arbeitern galt Pojadowsky als der Gewährsmann für die Fortsetzung der Sozialreform...“

Diese Worte sind Faustschläge für die Leute an der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“. Gerade sie haben ja hellauf zugejubelt, als infolge der Mandatsverluste der „Ruten“ die sozialpolitisch rückständigen „nationalen Elemente“ in größerer Zahl die Reichstagsliste einnehmen, wodurch denn auch für Pojadowsky die Möglichkeit, weiter zu arbeiten, abgeschnitten war. Gerade die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die nicht milde wird den „Ruten“ „Unfruchtbarkeit“, Feindschaft gegen eine „vernünftige Sozialpolitik“ vorzuwerfen, dieselbe „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ muß nun eingestehen: als die 79 Sozialdemokraten im Reichstag saßen, hatte Pojadowsky eine Mehrheit für Reformgesetze, nun aber nur noch 43 Sozialdemokraten im Reichstag sind, aber Pojadowsky, der „Gewährsmann der christlichen Arbeiter“, keine Sozialpolitik mehr treiben! Diejenigen, die dem Volke vorlegen, die Sozialdemokraten hinderten die Sozialreform, haben das Volk schändlich betrogen. Und unter diesen Betrügern steht das M.-Glabbacher Blatt an erster Stelle.

Vom Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, gez. Lie. Weber, hat der Gestürzte ein Beileids-telegramm erhalten; man will ihn auch zum Ehrenmitglied des Gesamtverbandes ernennen. Vom Verbandsfest der katholischen Arbeitervereine in Schalte ging folgendes Telegramm an den Gestürzten ab:

„Die zum Verbandsfest versammelten katholischen Vereine Schaltes geben ihrem tiefen Schmerze über den Rücktritt des kraftvollen Förderers der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland tief empfundenen Ausdruck und verbinden damit die herzlichste Anerkennung für die erfolgreiche Wirksamkeit in der Arbeiterfürsorge.“

Alle diese Beileids- und Anerkennungstelegramme können dem Gestürzten nicht mehr aufhelfen. Er ist gefallen, weil die Reichstagswahlen den Junkern und Scharfmachern das Rückrad gestiftet haben. Gerade das haben wir gleich nach der Wahl geschrieben, die „Christlich-nationalen“ wollten es nicht zugeben. Man haben sie die Quittung für ihren wüsten Feldzug gegen die selbständige Arbeiterbewegung. Ohne die Sozialdemokraten würde die Bahn frei! nähme die Sozialreform rascheren Fortgang, versicherten die Gewerkschaftsagitatoren den ununterrichteten Arbeitern. Jetzt ist das „Ziel“ erreicht, weniger „Ruten“ wie früher sitzen im Reichstage — und der von den Gewerkschaftsagitatoren verhimmelte „Minister für Sozialpolitik“ ist glatt gestürzt! Klatsch Weisfall, Freunde, die Komödie ist aus.“

Unseren Kameraden ist dieser Ministersturz ein neuer Beweis dafür, daß Reformen nicht von oben, sondern von unten eingeleitet werden müssen. Nicht gutmütiges Hoffen und Garen auf die soziale Einsicht der Regierenden bringt die Arbeiterschaft hoch, sondern energische Selbsthilfe, unermüdete Agitation für eine mächtige gewerkschaftliche und parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft! Der Sturz Pojadowskys ist auch ein Wetterzeichen. Die Scharfmacher sind stetig vorgebrungen. Gesetze gegen die Arbeiterschaft statt für sie sind zu erwarten. Zudem bewölkt sich der Horizont immer mehr. Die Geschäftstriebe kündigt sich immer deutlicher an! Lohnminderungen, Arbeitslosigkeit, größere Drangsalierung der Lohnkämpfer stehen in Aussicht.

Kameraden, denkt an die Jahre 1889 und 1905! Wir warnen euch wieder, wir rufen euch wieder zu wie damals: Seid nicht vertrauensselig, nicht gleichgültig gegen die Zukunft! Sorgt vorzeitig für eine gewaltige Stärkung eures Verbandes, damit euch nicht wieder wie 1905 der Sturm überrascht. Wer nicht hört, wird bitter fühlen müssen.

Hessens Bergbau unter Staatsaufsicht 1906.

Der Aufsichtsdienst der hessischen Bergbehörden wurde im ersten Drittel des Jahres 1906 vom Bergmeister Köblich und vom 1. Mai ab in Gemeinschaft mit dem Bergassessor Sommer ausgeübt. Insgesamt wurden an 80 Tagen 132 auswärtige Dienstgeschäfte

erledigt, darunter sind inbegriffen 70 Befahrungen und Besichtigungen an 87 1/2 Tagen, 10 bergpolizeiliche Termine an 7 1/2 Tagen, 20 Unfalluntersuchungen an 14 Tagen, sowie eine Anzahl Fundbesichtigungen, Begutachtungen von Sprengstofflagern etc. Zudem waren diese Beamten besonders mit geologischen Begehungen bei Salzbohrungen im Bezirk Lauterbach beschäftigt. Auch auf das Gebiet des Quellen- und Denkmalschutzes dehnte sich die Tätigkeit dieser Herren aus, wie auch nebenher noch literarische Arbeiten über Revierbeschreibungen und Erhebungen über Ortsnamen, welche auf Bodenschätze hinweisen, mit erledigt wurden. Die Aufsicht erstreckte sich im Berichtsjahre auf 72 Betriebe mit 2330 Arbeitern. Es kommen dabei in Betracht 11 Braunkohlenbergwerke, 35 Eisen- und Manganerzbergwerke, 1 Bleierzbergwerk, 1 Kupfererzbergwerk, 3 Salinen- bzw. Solbergwerke, 10 Bohrbetriebe zur Auffindung von Salz und Sole, 9 unterirdische Brüche und Gruben und 2 Kohlenäurepumpwerke. Besonders erwähnt wird die Steigerung der Produktion auf Grube Messel, die jetzt allein mehr als die Hälfte der ganzen Braunkohlenförderung des Großherzogtums Hessen liefert und zwar im Tagbau mit unterirdischer automatischer Förderung von einer verhältnismäßig geringen Arbeiterzahl. Die durchschnittliche Jahresleistung eines Arbeiters auf dieser Grube wird mit 1740 Tonnen angegeben, während die übrigen hessischen Gruben nur mit einer Durchschnittsleistung von 522 Tonnen rechnen. Ob freilich auch der Arbeiter von dieser Ausnutzung vervollkommener Technik einen etwas erhöhten Ertrag seiner Tätigkeit erzielt, läßt der Bericht im Dunklen. Im allgemeinen wird von einer wesentlichen Steigerung der Betriebsergebnisse berichtet und speziell beim Eisen- und Manganerzbergbau eine Steigerung der Produktion von 70 000 Tonnen im Werte von 750 000 Mark festgestellt. Nur der „leibige Arbeitermangel“ habe eine noch weitere Steigerung der Förderung nicht zugelassen. Es sei aber die Annahme berechtigt, daß die Eisenerzgruben Hessens noch einer recht ansehnlichen Vertriebs-erweiterung fähig seien.

Folgende Statistik gibt einen Ueberblick über die Produktion der Bergwerke und Salinen in den Jahren 1906 und 1905:

Tonnen	im Werte von Mark			
	1906	1905	1906	1905
Braunkohlen	433 596	422 114	798 381	919 125
Eisen- u. Manganerz	297 414	228 689	2 555 876	1 804 110
Summe Bergwerke	731 010	650 203	3 354 254	2 723 235
Salz	15 343	12 917	451 473	381 430
Insgesamt	746 353	663 120	3 805 730	3 104 665

Das Gesamtergebnis der geförderten Braunkohlen im Jahre 1906 ist in seiner Wertminderung wohl statistisch richtig, aber tatsächlich höher, da die verarbeitete Kohle einen ganz anderen Wert als den angegebenen repräsentiert.

Von den 72 Betrieben wurden revidiert 44 mit 2042 Arbeitern. Revisionen bei der Nacht oder an Sonn- und Feiertagen fanden nicht statt. Die Gesamtarbeiterzahl setzt sich zusammen aus 2214 erwachsenen männlichen Arbeitern, 7 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren, 8 Arbeiterinnen über 21 Jahren, 100 männlichen Arbeitern von 14 bis 16 Jahren und 1 Arbeiterin im gleichen Alter. Kinder unter 14 Jahren wurden nicht beschäftigt. Ausnahmen zur Verrichtung von Sonntagsarbeit wurden einem Eisen- und Manganerzbergwerk an drei Tagen gewährt.

Auffällig in dem Bericht ist die übergroße Herzlichkeit des Verhältnisses zwischen der Inspektion und den Betriebsunternehmern und Betriebsbeamten. Bei schwierigen Fällen wird da „weitgehendes Entgegenkommen“ und „angemessene Mitwirkung“ der Werksverwaltung konstatiert. „Bestehende Differenzen“ — also doch welche — „konnten immer auf gutlichem Wege ausgeglichen werden“. Strafanzeigen — Null. Anders liegt dagegen bei den Arbeitern oder Betriebsbeamten. Da mußte nach Ansicht der Inspektoren wegen Vergehungen von Personen oder wegen Sachschäden, die auf das Arbeiterkonto entfielen, Strafanzeige erstattet werden. Es klingt fast wie ein Bedauern, daß gleich hinterher gesagt werden muß: „Unsere Strafanzeigen gegen Beamte und Arbeiter führten dagegen nicht zur Erhebung der Anklage, weil ein strafbares Vergehen vorausichtlich nicht bewiesen werden konnte.“ Na also! Sonderbar, höchst sonderbar; die Arbeiter machen sich strafbarer Handlungen schuldig, nur können sie nicht überführt werden. Man sollte es kaum für möglich halten. Der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern erfolgte meist durch die Snappschäftsstellen, die dem Bergmeister nach und nach persönlich bekannt geworden sind. Ganze zehn Beschwerden sind von Arbeitern eingegangen. Optimisten werden sagen, es ist alles gut bestellt, Skeptiker werden wohl von mangelndem Vertrauen in die Inspektion reden.

Die Bezahlung soll in den Braunkohlengruben eine „beträchtliche“ Erhöhung erfahren haben und zwar im Schichtlohn von 2,85 Mark auf 3,10 Mark, das Gedinge stieg von 3,50 Mark auf 4,10 Mark. Die durchschnittliche Bezahlung der Jugendlichen ist mit 1,43 Mark bei den Schichtlohnern und mit 2 Mark bei den Gedingelöhnern angegeben. Bei den Eisen- und Manganerzgruben werden Durchschnittslöhne für erwachsene männliche Arbeiter von 3 Mark berechnet, was gegen das Vorjahr ein Mehr von 25 Hg. betrage. Es darf aber nicht übersehen werden, daß dabei Löhne von 1,50 Mark vorkommen. Bei dem Gedinge varrieren die Löhne zwischen 2,40 bis 4,75 Mark, woraus dann ein Durchschnitt von über 4 Mark herausgerechnet wird. Die erwachsenen Arbeiterinnen begnügten sich bei der Erzwäsche mit einem Schichtlohn von 1,40 Mark und die jugendlichen Arbeiter hatten sogar eine Reduzierung ihres Schichtlohnes von 1,60 auf 1,55 Mark zu verzeichnen. Die niedrigsten Entlohnungen können sich freilich damit trösten, daß auch Kollegen „stellenweise“ bis zu 2,40 Mk. verdienten. Im allgemeinen wird man also wohl nicht von einer übermäßig hohen Bezahlung reden können, im Gegenteil, man würde es verstehen, wenn da Gedanken nach Lohnaufbesserungen aufstiegen. Durch Betreten des Arbeitersausschusses der fiskalischen Grube Ludwigsgrube wurde dann auch im Berichtsjahre einem derartigen Begehren insoweit entsprochen, als Zusatzprämien zu einem Normalgrundlohn gewährt wurden. Beim Punkt „Arbeitsordnungen“ kommt man einer humanen Regung auf die Spur. Auf einer größeren Erzgrube wurde eine Arbeitsordnung eingeführt und dabei wurden Geldstrafen für leichtere Uebertretungen bergpolizeilicher Anordnungen angelegt, die in die Krankenkasse oder in eine Unterstützungskasse fließen. Die mit dieser Maßregel Beglückten haben dafür die Gewähr, daß

Die Verfolgung derartiger Uebertretungen wesentlich erleichtert und in eine schonendere Form" gekleidet wird gegenüber der bisher einzigen Möglichkeit einer gerichtlichen Bestrafung. Wir leben eben in einem humanen Zeitalter. Der Herr Bergrat stellt übrigens dabei noch fest, daß auf den einzelnen Gruben vorwiegend ein und dieselbe Ursache zu Verletzungen führt: Schichtverfehlen ohne Urlaub. Man wird sich nun über die Langmut der Unternehmer wundern, daß man nicht zu dem sonst sehr beliebten Mittel der Entlassung greift. Arbeitermangel heißt hier die Erklärung. Bessere Arbeitsbedingungen dürften aber sicher diesen Grund ebenso zum Verschwinden bringen, wie eine bessere Erziehung der Arbeiter durch die Organisation ein Verschwinden der Blaumacherer zur Folge haben dürfte.

Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Die Organisation liegt da unseres Wissens noch recht im argen und selbst die Berginspektion läßt nicht viel von ihr, ganz im Gegensatz zu der wohlwollenden Beurteilung gewerkschaftlicher Tätigkeit durch die übrigen hessischen Gewerkschaften. Sagt doch der Bergrat, daß die Verfehlungen auf Organisation der Bergleute durch Fremde keine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern darstellen. Auf die Mehrzahl der hessischen Bergschaften passe eben das Organisationschema der Arbeiterverbände nur sehr mangelhaft, weil die Mehrheit der am Bergbau tätigen Personen zugleich "Landbesitzer" seien und deshalb nicht rein industrielle Interessen hätten. Leider wird dieser Umstand noch allzu sehr zu Ungunsten der Arbeiter ausgenutzt. Welchen Wert übrigens vereintes Vorgehen hat, sagt ja der Bericht selbst in der Feststellung der Tatsache, daß durch einen Ausbruch des größten Teils der Bergschaften der de Wendelschen Grube bei Waldmühlbach nach vier Tagen eine Vorkaufleistung von 10 Prozent für Jugendliche, 12 Prozent für Arbeiter bis zu 20 Jahren, 14 Proz. für Lehrlinge und 16 Proz. für Vorkäufer im Gefolge hatte. Es ist ein magerer Trost für die Bergverwaltung, wenn sie hinterher der Öffentlichkeit plausibel machen will, daß es des Streiks zur Erlangung dieser Vorteile nicht bedürftig hätte, sondern daß vielmehr die Wünsche auch bei ordnungsmäßiger Verhandlung der Bergschaften (etwa durch die Knappschafftsämter) mit den Beamten befürwortet worden wären. Es dürfte wohl aber eine Preisfrage sein, ob das Vertrauen der Arbeiter in die Knappschafftsämter oder in die Befürwortung an maßgebender Stelle größer gewesen wäre.

Verlebensfälle kamen 1906 124 vor, davon waren zwei sofort tödlich, zwei andere führten noch den Tod herbei und 26 Unfälle hatten eine mehr als einwöchentliche Erwerbsunfähigkeit im Gefolge. Unfallsachen waren Sturz, Verletzungen etc. Zur Verringerung der Gefahren, die durch Stein- und Kohlenfall entstehen, wird eine Verbesserung der Beleuchtung durch Acetylen-Grubenlampen empfohlen, wie sie teilweise schon in Uebung ist. Wenn auch in den hessischen Gruben bisher infolge ganz anders gearteter Abbauverhältnisse und wegen des Fehlens von Steinkohlengruben die Gefahren nicht solche sind, als in anderen deutschen Distrikten, so ist doch im letzten Jahre auch die Beobachtung von Gaseinstürzungen gemacht worden, sodaß zur Verhütung derselben nach einer Umfrage bei den Werken als Verhütungsmittel die Verwendung von Sicherheitslampen beim Anfahren alter Baue mit neuen Vorrichtungsarbeiten, verstärkte Wetterführung und Zurückziehung der Bergschaften anempfohlen wird. Auch hat sich ein Werk bereit erklärt, mehrere Atemungsapparate zu beschaffen, deren Wert aber durch den Berichterstatter bezweifelt wird, falls nicht gleichzeitig eine dauernde Uebung ausgewählter Mannschaften damit verknüpft wird.

Ein eigenes Kapitel wird dem Arbeitermangel gewidmet. In Ausländern wurden 300 Italiener, Kroaten, russische Polen und Böhmen beschäftigt. Dieser Umstand entricht aber den Bergbeamten den Stoffweiser, daß die Beschäftigung dieser Leute nicht als eine befriedigende Lösung der Arbeiterfrage bezeichnet werden könne. Schon die Unterbringung dieser Leute mache Schwierigkeiten, je zahlreicher sie seien, ferner seien aber die fremdsprachigen Arbeiter weniger einsehend zu Leitern und infolge dessen der Betriebsgefahre mehr ausgesetzt. Als unangenehme Beigabe wird auch die zweifelhaft legitimierte dieser Leute empfunden, die sich, abgesehen von politischen Gesichtspunkten, besonders unangenehm bei Leistungen der Arbeiterversicherung bemerkbar machen können wegen der Unsicherheit über die Empfangsberechtigung.

Beinahe hätten wir uns noch einer Unterlassungssünde schuldig gemacht, wenn wir verschwiegen hätten, daß unter der Rubrik "Wohlfahrtsrichtungen" das Faktum bezeichnet ist, daß durch Vermittlung der Bergverwaltung der Grube Ludwigschönung eine alte Wintermütze beschafft wurden, die von den Leuten gern angenommen wurden. Es geht eben nichts über eine gewissenhafte Berichterstattung. Bei mancher Bekehrtenkasse scheint es auch drunter und drüber zu gehen, denn es heißt da im Bericht, daß bei Uebergang der Kasse der Zeche Hedwig an den Allgemeinen Knappschafftsverein dem abgegangenen Vorstand mangelnde Sorgfalt in der Geschäftsführung vorgeworfen wurde. Wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten bei der Grube Friedrich wurde eine umfangreiche Revision angeordnet, auf Grund deren der frühere Kassierer zur Ersatzleistung herangezogen wurde. Auch sollen verschiedene unberechtigte Empfänger von Kassengeldern bei dem Uebergang zur Herauszahlung veranlaßt werden. Auf Empfehlung der Bergbehörde wurde auch ein Arbeiter in den Knappschafftsvereinsvorstand gewählt, um eine engere Fühlung zwischen der Krankenkasse, der Bergschaft und dem Knappschafftsverein herbeizuführen.

Auch dieser Bericht sollte den Bergarbeitern meistens vor Augen führen, daß sie nur durch eigene Kraft eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen können und daß hierzu nur der Anschluß an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands die einzige Möglichkeit bietet, ungeachtet dessen, daß die Bergbauinspektion dem Anschluß an die Organisation in erster Linie nur den Wert der Zuzugsleistung zu den Kassen der großen Verbände beimisst. Die Arbeiter wissen selbst, was ihnen frommt, und wo sie es bisher noch nicht begriffen haben, wird ihnen durch die sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse und ihre Notlage diese Einsicht schon noch beigebracht werden.

Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens.

Zwickau, den 23. Juni.

Die Konferenz ist notwendig geworden, um eine Aussprache herbeizuführen über den von der sächsischen Regierung den Knappschafftsklassenvertretern unterbreiteten Gesetzesentwurf zum sächsischen Berggesetz. Wichtiger noch ist die Behandlung der brennend gewordenen Frage über die unzulässige gewordenen Zustände im sächsischen Bergbau im allgemeinen, des Zwickauer Meviers im besonderen.

Einladungen sind ergangen u. a. an den Zwickauer Oberbürgermeister Herrn Keil in seiner Eigenschaft als Mitglied der ersten Kammer. Der Herr hat selbstverständlich abgelehnt, da er "berufen" ist.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist vertreten durch den Vorsitzenden Sachse-Bachur und Rantsch-Zwickau. Den Vorsitz führt Strunz.

Sachse als Referent über den Gesetzesentwurf zum Berggesetz führt aus, daß die Berggesetzgebung noch Sache der einzelnen Bergbau treibenden Länder ist, während wir wegen der Mischständigkeit und Unvollkommenheit der Landesberggesetze ein Reichsberggesetz verlangen müssen. Im Reichstage sitzen durch das allgemeine Wahlrecht gewählte Volksvertreter, während in den Landtagen das Gegenteil der Fall ist. Die Bergwerksinteressenten haben sich gegen ein Reichsberggesetz mit Händen und Füßen gewehrt, weil sie befürchten, daß dieses Gesetz dann etwas zu arbeiterfeindlich ausfallen könnte.

Man wisse uns unpostive Arbeit vor, nun wohl, warum schießt man sich denn so vor unseren Anträgen sozialpolitischer Natur, wenn wir angeblich nur im Parlamente unsere Parteiluppe kochen wollen? Weil unser Fleiß, unser politisches Wirken, die Gesetzgebung vorwärts gedrängt hat. (Beifall.)

Dieselbe Erscheinung habe sich auch in Sachsen gezeigt, wo man die Sozialdemokraten aus dem Landtage hinausgeworfen habe, damit sie dem Kapital nicht mehr gefährlich werden könnten. Immerhin habe ihre Unwesenheit im Landtage dazu beigetragen, daß das sächsische Berggesetz erträglich wurde. So ist schon im Jahre 1894 gesetzlich festgelegt worden, daß die Knappschafftsklassenbeiträge beim Werkwechsel nicht mehr verloren gehen. Aber trotzdem bleibe noch sehr viel zu wünschen übrig, so daß der sächsische Landtag wiederholt von den Bergarbeitern, leider immer mit negativem Erfolge, angerufen sei. So habe die Petition im Jahre 1894 bei der sächsischen Regierung arg verknüpft und, nachdem er (Sachse) und noch andere Führer der Organisation zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden seien, weil sie die Rechte ihrer Kameraden währten, die Auflösung des alten Bergarbeiterverbandes zur Folge gehabt. Leider hätten sich auch damals eine Reihe arbeiterfeindlicher Elemente, wie Bräuer, Hänel u. a. gefunden, welche die bekannte famose Gegenpetition an den Landtag zu richten wagten. Das habe allerdings zur Folge gehabt, daß sich die Vertreter der reaktionären Parteien den Reformbestrebungen der organisierten Bergarbeiter gegenüber immer feindlicher bewiesen. Trotzdem konnten auch die damaligen Anschauungen der christlichen Bergarbeiter der Wandlung nicht entzogen bleiben, dafür hätte schon das Bergunternehmertum gesorgt, das durch seine reaktionären Maßnahmen die Bergarbeiter aller organisatorischen Richtungen zusammenschweißte. (Bravo!)

Der vorliegende Entwurf ist in seinen schlechtesten Stellen wirklich dem preussischen Berggesetz abgeschrieben, andere Stellen, die den Arbeitern Vorteile bieten, sind aber ausgeschlossen worden! (Bewegung.) Wir haben Vorschläge zur Veränderung der Gesetzesvorlage gemacht. Zunächst haben die Arbeiterausschüsse längst den Wert nicht, der ihnen von Zentrumsseite beigelegt ist. Wir verlangen Abänderung der Bestimmungen über Arbeiterkontrollen nach den Beschlüssen, die der preussische Bergarbeitertag gefaßt hat. In einem Falle hat die Bergverwaltung einem Arbeiter von 42 Mark verdientes Lohn 19 Mark Strafe abgezogen. Das beweist, daß eine Grenze gegen diesen Raub an Arbeitslohn festgesetzt werden muß und sind 5 Mark monatlich als Höchststrafgrenze festzusetzen. Die Straflisten sind auszuhängen. Wir verlangen, daß gesetzlich festgelegt wird, daß Arbeiterausschüsse nicht nach Belieben aufgelöst werden können und daß zu Mitgliedern der Ausschüsse, Knappschafftsämter usw. nicht Beamte gewählt werden dürfen. Mit 18 Jahren kann man Königreiche verwalten, mit 21 Jahren kann man selbständige Verfügungen in Bezug auf Vermögen treffen, mit 25 Jahren kann man Reichstagsabgeordneter werden, aber Arbeiterausschussmitglied? — Ja, Bauer, das ist etwas anderes — da muß man 30 Jahre alt sein! (Große Heiterkeit.) Wir verlangen 18 Jahre als Altersgrenze für das aktive, 21 Jahre für das passive Wahlrecht! Auch sonst ist Vorsorge zu treffen, daß die Ausschüsse nicht nur Dekoration bleiben, sondern politisch tätig sein können; andernfalls sind sie vollständig wertlos. Seit 1892 ist es in Preußen Vorrecht, die Wagen zu eichen. Wir verlangen, daß der Arbeiter die Wagengröße kontrollieren kann, damit er nicht über's Ohr gehauen werden kann. § 80b des alten sächsischen Berggesetzes hat in Ziffer 2, 4 und 5 einige den Arbeitern günstige Bestimmungen, im neuen Entwurf sind sie ausgelassen, wir beantragen, diese Bestimmung auch in das neue Gesetz mit aufzunehmen.

Unzulässige Zeugnisse, die den Arbeiter an seinem Sperrkommen hindern, sollen ferner nicht mehr ausgestellt werden dürfen. Der Gesetzesentwurf enthält kein Wort über Schichtzeit, Berginspektion u. c. Wir verlangen gesetzliche Einführung des Achtstundentags von 1910 ab; das Ausland ist uns vorangegangen, die deutsche Gesetzgebung muß folgen! In Sachsen macht's jeder wie er will, jeder heißt den Arbeiter solange aus als er mag. Wir beantragen, daß nach und nach bis 1910 zur Achtstundenschicht herabgegangen wird. Ferner verlangen wir, daß auch vor heißen Orten mit über 28 Grad Celsius eine sechsstündige Arbeitszeit festgelegt wird. Wir verlangen Einheitlichkeit in der Lohnzahlung, mindestens monatliche Verrechnung und wöchentliche Abschlagszahlungen. (Beifall.)

Nach § 26 ist für Jugendliche ein Lohnbuch vorgeschrieben, dasselbe ist auch den erwachsenen Arbeitern zuzupreisen. Ueber getrennte Bedinge brauchen wir uns nicht zu unterhalten, ihre Schädlichkeit ist bekannt, die Unfallgefahr steigt dadurch, die Kameradschaftlichkeit leidet darunter, ebenso die Sicherheit und ist deshalb deren Beseitigung zu fordern. Wir fordern für Bauer, Lehrlinge und Schlepper gleiche Schichtlöhne.

Die Berginspektion wird heute nur mit akademisch gebildeten Beamten besetzt. Wir verlangen zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Bergleute Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. Die Unfälle haben sich in Sektion VII (Sächsische) erschreckend vermehrt. Von 1885 bis 1906 beträgt der jährliche Durchschnitt 275. In den letzten fünf Jahren ist die Unfallziffer gestiegen auf 297, 341, 327, 354 und 349. Und das trotzdem die Ärzte und Knappschafftsberufsgenossenschaften immer mehr die Arbeiter in ihren Ansprüchen beschränkt haben. In anderen Staaten sind mit den Arbeiterkontrollen die besten Erfahrungen gemacht worden, auch in Bayern im Hausach! Es ist darum nur gerecht, wenn wir für Deutschland dasselbe fordern! (Beifall.)

Auf die Knappschafftsverhältnisse eingehend, fordert Redner Abtrennung der Beamtenklassen von den Arbeitern, weil diese mehr herausziehen, als sie einzahlen. Im Verwaltungsbericht des Allgemeinen Knappschafftsvereins zu Bochum ist dies sehr ausführlich nachgewiesen. Wir verlangen das passive Wahlrecht für alle freiwilligen Mitglieder, zweijährige Wahlperioden. Im Statut ist vorgesehen, daß der Kassenvorsitzende ein Arbeitgeber sein muß. Der Arbeiter zahlt aber zur Krankenkasse 1/2 der Beiträge, er muß infolgedessen auch ein Recht haben, den Vorsitzenden mit zu stellen.

Das Durchschnittsalter geht ständig zurück. Vor Jahren betrug es 48 und 50 Jahre. Es ist gefallen auf wenig mehr als 43 Jahre, im Ruhrbecken 1903 auf 41 Jahre; es wird weiter sinken! Die Renten müssen gekürzt werden, die Unfallrenten dürfen nicht aufgerechnet werden. Erst dann, wenn beide Renten den früheren Lohn übersteigen. Die Wartezeit ist von fünf auf zwei Jahre herabzusetzen. Wenn die Arbeitgeber höhere Beiträge als zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, zahlen, so sollen sie dies nicht an Bedingungen knüpfen, wodurch den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht genommen wird. Wir verlangen, daß die Arbeiter auf alle Fälle ihre durch Beitragszahlungen erworbenen Rechte nicht einbüßen, es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß das bisher noch nicht geschehen ist.

Die Reform der Bergsiedlungsgerichte ist notwendig. Im neuen Entwurf sind zu den bereits bestehenden Bestimmungen eine Anzahl Verschlechterungen hineingekommen. Wir verlangen Verfassungsinstanzen, wie sie im Gewerbegerichtsrecht vorgeesehen sind, damit die Bergleute mindestens den anderen Arbeitern gleichgestellt sind in Knappschaffts-, Lohn- u. Streitigkeiten. Bergsiedlungsgerichte als Einigungsämter können segensreich wirken. Sie sind deshalb einzuberufen, auch wenn sie nur von einem Teile angerufen werden. Ich bitte Sie, sich auszusprechen, damit die Konferenz erspriechliches leistet! (Veh. Bravo.)

Landtagsabgeordneter Baer-Zwickau (frei. Volksp.) dankt für die Einladung und die ihm zugegangenen Unterlagen. Die frei. Volkspartei ist im sächsischen Landtage stets für die Bergarbeiter eingetreten. Ich hätte gewünscht, daß die Materie dem Reichstag unterbreitet würde. Sie ist schwer, ich werde mich bemühen, mich

in dieselbe einzuarbeiten um dann frei von jeder Parteilichkeit für die Rechte der Arbeiter eintreten zu können. Es kennzeichnet die sächsische Regierung, daß sie die Verschlechterungen aus dem preussischen Gesetz mit herübergenommen hat! Redner schließt: Was in meinen Kräften steht, werde ich tun, damit Ihnen Gerechtigkeit wird. (Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 44 Vertretern aller sächsischen Kohlenzechen und Bergwerke sowie Knappschafftsklassenvertretern.

In der Diskussion stellt und begründet Jakob-Gersdorf einen Antrag, wonach auch in Sachsen durch Statistik festzustellen werden soll, wie sich die Leistungen der Kasse an die Beamten gegenüber ihren Beiträgen verhält. Der nächste Redner verspricht einen die wichtigsten Antrag in der nächsten Vorstandssitzung der sächsischen Knappschafftsklassen stellen zu wollen. Die Abstimmungen über die Reformvorschläge ergeben deren einstimmige Annahme Punkt für Punkt.

Ueber: "Die Lage und Mißstände im sächsischen Bergbau" referiert Krause-Lugau. Redner geht von der seiner Zeit gewährten famosen "Leuerungszulage" aus. Diese "Leuerungszulage" hat den Unternehmern willkommenen Anlaß geboten, die Preise bis ins abgräue hinaufzutreiben, die Löhne aber verfuhrte man nach und nach herabzubrüden. Die Unternehmer haben die Defensivität getadelt; sie haben den Bergarbeiter als denjenigen hingestellt, durch den sie gezwungen gewesen seien, die Kohlenpreise fortgesetzt zu steigern. Dagegen erheben wir im Namen der Bergarbeiter Protest. Die Preissteigerungen sind Anlaß zu einer ganz exorbitanten Gewinnsteigerung gewesen. Es fliegen die Dividenden ungemein. Redner weist dieses ziffernmäßig nach. 1889 wurden zehn Tonnen mit 137 Mark bezahlt, heute kosten sie 190 Mark. Der Durchschnittslohn der sächsischen Bergarbeiter ist von 1899 auf 1900 um 9 Proz. gestiegen, die Kohlenpreise um 25 Proz.! Wo ist in den glänzenden Jahren die Erhöhung der Löhne geblieben? Die Preise hat man (1892—1900) um 54 Mark pro Waggon hinaufgeschraubt, die Arbeiter haben kaum einen Pfennig davon gehabt; das lehrt uns das amtliche Material aus den Inspektionsberichten, das Lehren uns alle Bilanzen und Abschreibungen. Auf Grund ihrer vorzüglichen Organisation konnten die Unternehmer die Preistreiber schon inszenieren. Die Konsumenten als solche mußten demgegenüber schon Front machen. Die Arbeit wird mit 3,53 Mk. pro Zehnstundenschicht bezahlt. Im Lugau-Deisnitzer Revier rühmen sich die Unternehmer, daß die Arbeiter 24,17 Mk. mehr Lohn bekommen, demgegenüber ist die Leistung um fast vier Tonnen pro Kopf gestiegen. Der Wert der Mehrleistung betrug rund 196 000 Mk. Der Ueberfluß ist einzig und allein der Dividende zu gute gekommen. Die Unfallziffer ist gestiegen. Die amtliche Auskunft hierüber bezeichnet selbst den Stein- und Kohlenfall als die am meisten vorkommende Ursache zu den Unfällen. Das beweist, daß die Ufford, vielmehr Mor darbeit in skrupelloser Weise ausgenutzt worden ist, um Höchstleistungen zu erzielen. (Veh. richtig!)

Fest steht, daß niemals freiwillig die sächsischen Grubenbesitzer etwas an Lohn zugelegt haben oder an Arbeitszeit verfuhrte. Cher wachsen Feigen auf Disteln, als das geschieht. Wenn die Arbeiter für die eine Arbeit etwas mehr bekommen, wird es ihnen für die andere wieder genommen. Gerade die älteren Kameraden haben darunter am meisten zu leiden gehabt. Und wie ist die Arbeiterchaft im Bergbau Sachsen behandelt worden? Man hat sie mit Prämien, mit Bevorzugungen, Drohungen und Maßregelungen gefüge zu machen versucht. Man hat mit der einen Hand gegeben, mit der andern genommen. Für die Zulagen sind keinerlei Garantien geleistet. Trotzdem verfuhrte man weckschäftig mit Flugblättern die Arbeiter von der Abwanderung ins Ruhrrevier zu warnen. Die sonst als "übertrieben" hingestellten Schilderungen Gues und Hengsbachs mühten vorhalten, um den Arbeitern das Grauen vor der Abwanderung beizubringen. Es ist die blasse Furcht der Unternehmer, ihre Ausbeutungsobjekte einzubüßen, die ihr Handeln diktiert!

Von der Arbeiterschaft wird verlangt, daß sie sich den Beschlüssen des Bergbauischen Vereins fügt, selbst aber lehrt man sich nicht im mindesten an die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter. Schlechterdings hat das sächsische Grubenkapital dafür nicht das mindeste Verständnis. Bei Kästner & Co. sind Doppelschichten verfahren worden. Ein Arbeiter hat von 24 Tageshunden 22 gearbeitet! Trotzdem werden die Arbeiter noch verfaulenzt. Man könnte böshaft sein und noch andere als faul bezeichnen! (Heiterkeit und Zustimmung!) Sonntagschichten werden nicht als voll, sondern nur als 2/3 gebucht, das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Bis zu siebzig Prozent sind oft Sonntags die Leute in der Grube. Man läßt die Organisation der Arbeiter in Berufsfragen unberücksichtigt, im Interesse des Friedens wäre eine Verständigung erwünscht. Trotzdem hat man wieder auf unsere letzten Eingaben strikt ablehnend geantwortet. An Stelle des Friedens hat man zu weiteren Provokationen gegriffen, ja man hat auf demütige Gesuche mit "Gesindel" geantwortet und den Besuchstellern die Türe gewiesen. Die Geschichte der sächsischen Bergarbeiter ist ein einziger langer Leidensweg. Die letzten Jahre sind so überreich an Maßregelungen, Bedrückungen und Schikanen gewesen, wie noch nie. Allein im letzten Jahre sind über 50 direkte Maßregelungen vorgenommen worden, darunter sind Leute, die 30 und mehr Jahre ihre Knochen geopfert haben. Das sind keine sächsischen, das grenzt schon mehr an russische Zustände! Die Kameraden haben den Ort verlassen müssen, wo ihre Wiege stand, sie sind fortgerissen worden von allem, was den Menschen lieb und teuer ist: Es ist eine Tragödie, die sich da vor unseren Augen abgespielt hat. Die Verantwortung dafür fällt auf die, die in rücksichtsloser Verblendung durch rigoroseres Gebahren, die Arbeiter zur Abwanderung gezwungen haben. Die Behauptung der gegnerischen Presse, die "sogenannte Organisation" der Bergarbeiter habe die Bergleute zur Abwanderung gezwungen, ist elende Lüge. Dabei verfuhrte man weckschäftig durch Bettelbriefe und "Informations"reisen die Leute wieder zurückzuloden.

Der Krebschaden im sächsischen Bergbau ist die Heimindustrie, die Frauen- und Kinderarbeit! Das ist die Ursache der niedrigen Löhne und der nur noch in Oberschlesien im Bergbau üblichen langen Arbeitszeit. Da sollen Lohnbewegungen usw. vom "Partei-Bureau in Berlin" gemacht werden, nein, sie sind zu suchen im Magen der sächsischen Bergleute. Der sächsische Bergbau ist in einen Sumpf geraten, die Bergleute drohen darin zu erstickten, herausheffen kann ihnen nur die Macht einer starken Organisation! (Veh. Beifall.)

Zu dem Referat liegt folgende Resolution vor:

"Die heute am 23. Juni im Saale des "Feldschlößchens" zu Zwickau tagende, aus allen Revieren besuchte Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens, spricht ihre schärfste Entrüstung aus über die ablehnende Haltung der Bergbesitzer den Forderungen der Bergarbeiter gegenüber. Die Konferenz steht wie bisher auf dem Standpunkte, daß bei einigermaßen gutem Willen der Bergbesitzer es sehr wohl möglich ist, den so notwendigen Frieden, besonders im Zwickauer Revier durchzuführen. Die Konferenz weist mit aller Entschiedenheit zurück, daß die außerhalb der Bergschaften stehenden Führer der Bergarbeiter schuld sein sollen, daß die das gesamte Erwerbsleben so schwer schädigende Auswanderung solche Dimensionen angenommen hat. Nur die Halsstarrigkeit der Grubenbesitzer den Arbeitern gegenüber ist es, welche letztere gezwungen hat, im Interesse der Selbsterhaltung zu diesem Mittel zu greifen. Die Konferenz erwartet, daß nun endlich einmal die Bergbesitzer den Organisationen der Arbeiter gegenüber einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Standpunkt einnehmen und diese gesetzlichen Körperschaften als gleichberechtigten Faktor anerkennen, wie es andere Unternehmer schon längst getan

haben. Die Konferenz legt Verwahrung dagegen ein, daß an den fortgesetzten Erhöhungen der Kohlenpreise die Forderungen der Bergarbeiter schuld seien, sondern behauptet, daß die den Arbeitern noch nicht bewilligten Forderungen nur als Mittel zum Zweck benutzt werden, um ungehörigen die Konsumenten mit hohen Kohlenpreisen zu beunruhigen.

Nach kurzer Debatte einer Reihe hiesiger und auswärtiger Revolververtreter, welche die Ausführungen des Referenten auf eigenen praktischen Erfahrungen zustimmend ergänzten und nachmisielen, welche unsagbar traurigen Verhältnisse in den sächsischen Bergrevieren noch herrschen und die arbeitende Bevölkerung schon im Mutterleibe degenerieren, wurde die Resolution einstimmig angenommen und die Konferenz nach einem kurz resumierenden Schlusswort des Verbandsvorsitzenden, Kameraden Hermann Sachse, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Bergarbeiter Deutschlands geschlossen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Liberalismus und Sozialpolitik.

Nachdem die Liberalen bei den letzten Reichstagswahlen den wirklich Liberalismus niedergedrückt, bekamen sie sich darauf, eine alte Leiche zum neuen Leben zu erwecken und zwar wurde die Gründung eines Nationalvereins nach dem Muster des längst Begrabenen angeregt. Wir könnten den Herren schließlich den Spieß abgeben und nur auf ihre Selbstlehre weiterhelfen, wenn nicht auf einer am 23. Juni in Heidelberg stattgefundenen Versammlung der Liberalen ein weitgehendes sozialpolitisches Programm entwickelt wurde und wenn nicht der Referent Herr Erkelenz, einer der Führer der Reichs-Bundesschwarz-Gewerkschaften - bekannt durch den nichtsnutzigen Verräterstreik gegen den Metallarbeiterverband - auf die Vergangenheit des Liberalismus zurückkam und dabei sich aufhielt, daß die Liberalen immer und jederzeit für eine wirksame sozialpolitische Gesetzgebung eingetreten seien. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß die Sozialdemokraten die alten liberalen Anschauungen sich zu eigen machen usw.

Materialien ebenso wie formal steht der heutige Gesetzentwurf auf dem Boden des Sozialismus: er bekennet sich in seinen Worten ausdrücklich dazu... Wie sehr die gegenwärtige Theorie der Gesetzgebung bereits dem Inhalt des Sozialismus nahe gerückt ist, wird ihnen nach mir wahrscheinlich ein anderer Redner sehr deutlich illustrieren, nämlich der Abgeordnete Herr Webel. Herr Webel hat im Jahre 1878 bei Gelegenheit gerade des Vorfalls, die Unfallversicherungsgesetzgebung zu verbessern, eine Rede gehalten und er hat in derselben genau die Grundzüge desjenigen Gesetzes entworfen, das ihnen heute vorliegt. Ich will Herrn Webel nicht des Vergnügens berauben, die Stelle wörtlich vorzulesen, in der die ganze Dekonomie des Gesetzes auch seiner Ausführung nach enthalten ist; aber das kann ich sagen, nachdem ich die Rede heute morgen nachgesehen habe, ist mir der Gedanke gekommen, ich weiß nicht, warum Herr Webel nicht vortragender Rat der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsregierung ist."

Und der liberale Apollon Herr Bamberger, der die Arbeiterversicherung als ein „Theater für den süßen Pöbel“ verhöhnte, schloß seine Rede wie folgt:

„Ich hoffe ich von der Mehrheit des Hauses, sie wird die beiden sozialistischen Elemente, welche darin bestehen, daß das Reich zu einer allgemeinen Armenversicherung-Anstalt wird, die Finanzkraft des Reiches zu diesen Zwecken herangezogen werden soll, daß die hohe Versammlung diese Propositionen ablehnt.“

So war die Stellung des alten Liberalismus zu den Arbeiterversicherungs-Gesetzen. Der Regierungsentwurf wurde damals wegen allgütiger Gerechtigkeit der bürgerlichen Parteien hierzu zurückgegeben, während die Sozialdemokraten die Regierung unterstützten. Wir werden besonders zu damaliger Zeit auf beratige Vorkommnisse stoßen. Und heute stellt sich Herr Erkelenz hin und feiert den Liberalismus als den eifrigsten Verfechter der sozialpolitischen Gesetzgebung - heute und ebendort. Der Liberalismus - von ebendort mag einige glänzende Namen aufweisen, aber mit der staatlichen Arbeiterfürsorge stand er immer auf sehr gespanntem Fuße. Erst später wurden alte Prinzipien über Bord geworfen und man sah sich nach Staatshilfe um, nicht den freien Tadeln folgend, vielmehr der Zeit ihren Tribut zollend. Der Liberalismus bedarf heute der lauten Schwärmer für neue, ihm angemessene Sozialpolitik, was bleibe ihm auch sonst übrig. Über während man auf der einen Seite mit vollstündigen Phrasen die Idee eines weiteren Ausbaues der Sozialgesetzgebung verfocht, hält man auf der anderen Seite der Reaktion und den schlimmsten Feinden einer vernünftigen Sozialpolitik die Streichhölzer. Das sollte auch Herr Erkelenz einsehen, und hier hätte er den Liberalen für ihre gegenwärtige Taktik sehr vieles sagen können und müssen. Hier muß sich der Liberalismus nach einem gründlichen Umwandlungsprozess unterziehen, ehe er auf ein Tipfelchen von Vertrauen bei der Arbeiterschaft Anspruch erheben kann. Aber was sagen wir. Was an dem alten Liberalismus gutes war, ist längst hin, die leeren Redensarten bringen ihn auch nicht mehr auf die Beine. Taten, Herr Erkelenz, Taten wollen wir sehen, nicht leeres Geschwätz. Die Arbeiterschaft ist genug genarrt worden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Wie Er. Erzelenz berichtet wird!

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Schweidnitz für 1906, der dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe, Herrn Delbrück, gemeldet ist, läßt sich auch über den Streik auf den Schmelzen Kohlen- und Stöckwerken in Gottesberg wie über die Lohnbewegung im Herbst 1906 aus. Es heißt da:

„Im Kohlenbergbau unseres Bezirks ist ein hartnäckiger, von sozialdemokratischen Agitatoren ins Werk gesetzter Streik auf den Schmelzen Kohlen- und Stöckwerken in Gottesberg zu verzeichnen, der vom 9. März bis zum 26. Mai andauerte und der schließlich als die Streikunterstützungen knapp wurden, völlig ergebnislos für die Streikenden verlief, nachdem ein Teil derselben durch die Agitatoren veranlaßt worden war, nach Westfalen auszuwandern. Es hatte durch diesen Streik die Anerkennung der alten Forderung eines Mindestlohnes im Kohlenbergbau erzwungen werden sollen. Als dann im Herbst des Jahres 1906 seitens der Bergarbeiterverbände Schritte unternommen wurden, um die übertriebene (1. D. R.) Forderung einer generellen 15prozentigen Steigerung sämtlicher Löhne in allen Bergrevieren aufzustellen und durchzusetzen, und als demgemäß mit dieser weitgehenden Forderung auch in unserm hiesigen Revier an den „Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens“ (neubelebt bemerkt, ein rein wirtschaftlicher Verein) herangehten wurde, hatte es eine Zeit lang den Anschein, als sollte es wiederum zu einem Waffenstillstand der deutschen Bergarbeiter, noch umfassender als der große Ruhestreit im Frühjahr 1905, kommen. Aber diesmal siegte hier, wie anderwärts, der gesunde Sinn der Arbeiterschaft über die Bemühungen der Führer, die Massen aufzuschaalen.“

Die Handelskammer zu Schweidnitz hat sämtliche Behauptungen, die wir im Satz seit hervorhoben, sich willkürlich aus den Fingern gesogen. Spricht schon aus jeder Zeile der Haß gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter und fällt es darum der Handelskammer recht schwer, die Dinge objektiv zu beurteilen. Dann sollte man umso mehr an sich halten und nicht, wie es hier geschieht, der Erzelenz losen und ungehörigen Zeug vorzuschwätzen.

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

Die tödlichen Verunglückungen im Steinkohlenbetriebe im Obergbergamtsbezirk Dortmund.

Auf den der Aussicht des Königlich Obergbergamts zu Dortmund unterstellten Kohlenbetriebe und Aufbereitungsanstalten waren im Jahre 1906 278 710 Arbeiter beschäftigt. Von diesen haben 586 = 2,102 auf 1000 Mann der Belegschaft den Tod gefunden. Die Ursachen der Verunglückungen läßt folgende Zusammenstellung erkennen:

Table with columns: Belegschaft, Ursache der Unfälle, Verunglückungen unter Tage, Verunglückungen in Tagebauen. Includes sub-totals for 'Zusammen unter Tage' and 'Zusammen in Tagebauen'.

Im Jahre 1905 verunglückten 510 oder 1,027 auf 1000 Mann der Belegschaft tödlich, es war also in diesem Jahr die Ziffer der Toten bedeutend geringer als 1906. Seit 1902 haben wir eine solch hohe Totenziffer pro 1000 Mann der Belegschaft nicht mehr aufzuweisen gehabt. Aber noch besseren Bergarbeiterchutz bezw. Arbeiterkonzepte zu verlangen, nennt man feind und unerhört. Dafür leben wir aber auch im Lande der Dichter und Denker.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Christliche Eingeständnisse!

Wie oft haben wir es hören müssen, daß „Weltanschauungen“ die gewerkschaftlichen Bewegungen der Arbeiter nach den verschiedensten Richtungen hin auseinanderreißen heißen. Die freien Gewerkschaften entbehren der sittlichen Kraft, die aber nötig ist, um großes zu vollenden. Die sozialdemokratische Weltanschauung vernichte den sittlichen Kern in den Menschen, hebe die hehren Ideale auf, und beseitige echte Berufssolidarität und Standesvertretung. An dessen Stelle erzeugen sie den Klassenhaß, Neid und den Unglauben. Es sei ein Unglück für die arbeitenden Klassen, daß die sozialdemokratische Weltanschauung - der Marxismus - große Teile der Arbeitererschaft beherrsche. Sittliche Ideale finden ihren Reizungsboden nur in den „christlichen“ Gewerkschaften, die auf dem Boden des Christentums stehen. Mit solchen „Grundanschauungen“ zieht man gegen die freien Gewerkschaften vom Leber, fanatisiert und stachelt man die Massen gegen sie auf. Nun, wir sind gewöhnt an diese Behandlung. Da ist es freilich ein Genuss, wenn wir auf Stellen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung stoßen, die von der „sozialdemokratischen Weltanschauung“, von den freien Gewerkschaften auch anders zu sagen wissen. So brachte der „Deutsche Holzarbeiter“, das Organ der christlichen Holzarbeiter zwei Artikel über „Arbeiter-ehre und Klaffengefühle“. Der erste Artikel schilderte die tiefe Erniedrigung der Arbeiter, wie auch der Arbeit selbst durch den aufstrebenden Kapitalismus, bis der Marxismus das Klaffengefühl in der Arbeiterschaft erweckte; an die Ehre der Arbeiter appellierte und den Kampf gegen die brutale, geistige wie körperliche Ausbeutung durch den Kapitalismus aufnahm. Es heißt dann:

„Die Zeit des Marxismus war gekommen. Die Wert- und Mehrwerttheorie eines Karl Marx, jene glänzende Apologie (Verteidigung) der menschlichen Arbeit gab dem unbewußten Fühlen von Millionen wissenschaftlichen Ausdrucks. Die mächtigste Schöpferin aber Werte, jedes Wertzuwachses, die gebildete Arbeiterklasse, die Exhalterin der ganzen Menschheit - konnte es ein volkswirtschaftliches System geben, das der persönlichen Würde, dem selbstvertrauenden Ehrgefühl des Arbeiters mehr zur Geltung verhalf? Ist ein sozialpolitisches Aktionsprogramm denkbar, das in dieser Zeit mehr gewirkt hätte, als das kommunistische Manifest? Die solidarische Einigung der Proletarier aller Länder müßte eine Konsequenz der allgemeinen Entwürdigung oder, um mit Marx zu reden, der „Entmenslichung“ der Lohnarbeit sein; der rücksichtslose Klassenkampf war eine selbstverständliche Reaktion auf die wirtschaftliche, soziale und politische Zurückdrängung einer Volksschicht, in der das Bewußtsein des eigenen Wertes erwachte.“

Der Artikel nennt dann „großartig und kindlich zugleich“ den „Drang nach unterschiedsloser Arbeiterverbündelung“ und meint, es mache den Arbeiterstand alle Ehre, daß er auch im schmutzigsten Kleide die Arbeit, auch in verkommensten Menschen den Arbeiter zu achten lehrt. Dies allgemeiner Klaffengefühl sei zwar in seinen Neuerungen einseitig und oberflächlich gewesen, aber, so heißt es dann weiter - „Die heilig ernst es genommen wurde, das bezeugen die heldenmütigen Opfer, die sich die Arbeiterschaft in schwerer Zeit und heißen Kämpfen auferlegt hat, das zeigt die kommunistisch selbstlose Begeisterung, mit der sich der einzelne der Gesamtheit hingab, seinen Besitz, seine Erbschaft und Familie, seine Selbstbestimmung preisgebend. Kampfberett, todesmühtig war die Arbeiterschaft dieser Epoche. Ihr war es Ehrensache, Unrecht mit Gewalt, ungesetzmäßige Reaktion mit revolutionären Gesetzesmaßnahmen zu vergelten. Das Ehrgefühl der Arbeiter ist weit mehr, als landläufig angenommen war, die Triebfeder der proletarischen Bewegung gewesen.“

Bis jetzt hat man noch nicht versucht, das christliche Gewerkschaftsblatt auf „richtigem Wege“ zurückzuführen. Nur dann, wenn sich ein Organ der freien Gewerkschaften herbeiläßt, dem Marxismus gerecht zu werden, dann setzt man die Feder und Mäuler an, um die volle Rücksichtslosigkeit des ideallosen Marxismus „nachzuweisen“. Aber eine historische Wahrheit ist es doch und wird es auch bleiben: Der Marxismus hat nicht nur dem Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft eine klarere Form zu geben vermocht, er hat nicht nur dieses Klassenbewußtsein sozusagen erst erweckt, sondern der Marxismus hat diesem Klassenbewußtsein auch den idealistischen Schwung verliehen, der heute die Gewerkschaftsbewegung durchzieht. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung hat hierzu profitiert. Nur Ignoranten und Dummköpfe wollen es nicht eingestehen.

Der Wert der Organisation. Der Deutsche Holzarbeiterverband, der im Jahre 1906 seine Mitgliederziffer von 130 141 auf

157 717 gesteigert hat, hatte in dem genannten Jahre 374 Angriffe, 187 Abwehrkämpfe, 86 Mal- und 40 andere Ausperrungen ausgeduldet, an welchen Kämpfen insgesamt 41 807 Kollegen beteiligt waren. Diese Kämpfe erforderten an Ausgaben 1 658 804 Mk. Die Erfolge bei Lohnbewegungen ohne Streiks und bei Angriffskämpfen zusammen genommen, haben mit Hilfe des Verbandes in den drei letzten Jahren 100 040 Kollegen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,68 Mk. pro Woche und 72 617 Kollegen eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung von 2,7 Stunden pro Woche erzielt, ungerichtet die sonstigen bei Lohnbewegungen oder unabhängig von solchen erzielten Erfolge. Und diese Errungenschaften haben einen dauernden Wert. Denn bei der heutigen Größe der Organisation können die erzielten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen leichter festgehalten, es kann auf diesen Erfolgen in künftigen Jahren weitergebaut werden.

Verdienste Niederlage. Bei den Gewerkschaftswahlen in Ingolstadt hatten die „Christlichen“ mit 131 gegen 116 Stimmen die auf die Kandidaten der freien Gewerkschaften selen, sgelegt. Wie die „Christlichen“ hier gearbeitet hatten, beweist unter anderem auch die Schauermar von dem durchschneiden von Stricken auf einem Neubau durch die freien Gewerkschaften. Christliche Arbeiter sollten die Hälse brechen. Nun hat sich ja später vor Gericht herausgestellt, daß die Christlichen diese Schauermar frei erfinden hatten, um bei der Gewerkschaftswahl zu siegen, was dann auch geschah. Wegen der schaffelsten Wahlumtriebe der Christlichen, wie auch obige Feststellung wird zeigt, legten die freien Gewerkschaften Wahlprotest ein, dem stattgegeben wurde. Bei den Neuwahlen, die vor wenigen Tagen stattfanden, wurden nun für die Kandidaten der freien Gewerkschaften 213 Stimmen abgegeben, während die Christlichen für ihre Kandidaten 161 Stimmen aufbrachten. In der frommen Presse vermischen wir diese Mitteilung.

Internationale Rundschau.

Massenverunglückungen beim österreichischen Bergbau von 1890 bis 1905. Wie bei uns in Deutschland so hat auch der österreichische Bergbau seine schrecklichen Grubenkatastrophen erlebt. Im genannten Zeitraum waren es deren nicht weniger als 22, die die Gemüter aufschreckten. Es handelt sich hier aber nur um solche Massenunglücke, bei denen mehr als fünf Menschen auf einmal getötet wurden. Die beiden größten Massenverunglückungen ereigneten sich im Jahre 1892 beim Grubenbrand in den Silber- und Bleibergwerken zu Pribram und im Jahre 1894 bei den Schlagwetterexplosionen in den Steinkohलगruben zu Karwin, bei welchen zusammen 673 Bergleute ums Leben kamen, die 420 Witwen und 1026 Waisen hinterließen. Nur in den Jahren 1897, 1898, 1901, 1903 und 1904 blieb der Bergbau in Oesterreich von Massenkatastrophen verschont. Wir lassen zur besseren Uebersicht eine Tabelle der vorgekommenen Massenverunglückungen im vorgenannten Zeitraum folgen:

Table with columns: Jahr, Zahl der Verunglückte, Anzahl der Verunglückten, Ursache und Art des Massenunglücks. Lists incidents from 1890 to 1905.

Wieviel Jammer und wieviel Tränen brüden diese toten Ziffern aus! Ob bei vernünftigen Bergarbeiterchutz solche furchtbaren Massenunglücke fortgesetzt sich wiederholen könnten? Freilich nicht, aber in Oesterreich wie in Deutschland traut man sich nicht an die Grubenbesitzer heran, darum das nie verriegelte Blutmeer im Bergbau.

Rußland. Statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Rußland. In Nr. 8 des „Gewerkschafts-Anzeigers“ des Organs des Petersburger Gewerkschaftsvereins sind statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Rußland angeführt, welche von der Kommission für die Organisation des Gewerkschafts-Kongresses gesammelt sind. Die Kommission weist erläuternd darauf hin, daß diese Daten keinen Anspruch auf volle Genauigkeit erheben, was bei dem ersten Versuch einer gewerkschaftlichen Statistik in Rußland auch gar nicht Wunder nehmen kann. Die gesammelten Daten betreffen die Zahl der Gewerkschaften, sowie die Höhe ihrer Mitgliederzahl und sind nach Gebieten und Gewerben gruppiert. Im ganzen zählt die „Organisationskommission“ 652 Gewerkschaften mit 246 272 Mitgliedern im ganzen Reich, welche sich nach einzelnen Gewerben wie folgt verteilen:

Table with columns: Gewerbe, Mitgliederzahl. Lists 11 different trades and their respective member counts.

Da viele Gewerkschaften nicht die Zahl der tatsächlich zur Gewerkschaft gehörigen, zahlenden Mitglieder, sondern die Zahl derjenigen, die sich als Mitglieder gemeldet, in die Fragebogen der Organisationskommission aufgenommen haben, so schätzt die Organisationskommission die Zahl der wirklichen Mitglieder mit 90 000, was zusammen mit der Mitgliederzahl der in obige Tabelle nicht mit eingerechneten Gewerkschaften für alle russischen Gewerkschaften die Gesamtanzahl von 128 000 Mitgliedern ergibt. - Erfolge in der Gewerkschaften. Die Auflösung der zweiten Duma hat wie die der ersten Duma Repressalien gegen die Gewerkschaften im Gefolge gehabt. Der Moskauer Buchdruckerverband ist vom Stadthauptmann geschlossen worden, weil die Montagserien, die nach der Auflösung der Duma erschienen, (gewöhnlich erscheinen Montags fast keine Zeitungen) den Vermerk trugen: „gedruckt Sonntags mit Erlaubnis des Buchdruckerverbandes“. Das Verbot des Petersburger Buchdruckerverbandes, „Das Leben des Buchdruckers“, ist mit einer Strafe von 500 Rubel belegt worden. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind sowohl in den Hauptstädten, als auch in der Provinz verhaftet worden.

klammert man sich wenig. Der hl. Eifer mancher Beamten geht in dieser Beziehung soweit, daß sie am liebsten die ganze Grube auf einmal herausfördern möchten. In wahrstimmiger Hast rennen sie durch die Gruben um die Arbeiter zu immer größeren Leistungen anzuspornen. Ordnung scheint bei diesen Herren völlig Nebenache zu sein. Auch herrscht vielfacher Poljanangel, was darauf zurückzuführen ist, daß zwei Arbeiter das Holz für die ganze Grube heranzuschaffen sollen, wozu sie aber garnicht in der Lage sind. Kommen nun Beschwerden über Poljanangel, dann werden diese beiden Leute einfach bestraft, man fragt nicht, ob sie Holz genug herbeschaffen können oder nicht. Zu den elenden Hungerlöhnen auch noch horrenden Strafen für Dinge, an denen die Arbeiter gar keine Schuld tragen; so charakterisiert sich hier das Unternehmertum. Für Wagenstöße werden nur 8 Mk. pro Schicht gezahlt, mag der Arbeiter zusehen wie er dabei mit seiner Familie am besten und schnellsten verfährt. Kommt der Arbeiter totmüde und völlig abgehängt nach Hause, dann findet er vielfach nichts anders als ein trodenes Stroh Brot und schwarzen Kaffee, dabei soll er sich wieder erholen und neue Kräfte sammeln für die nächste Schicht. Kein Wunder, daß da Typhus, Genickstarre, Schwindelsucht und dergleichen Krankheiten unter den oberflächlichsten Grubenproleten so reiche Leute halten. Aber was fragen danach die frommen Ausbeuter! Ihr Grundgesetz lautet: forte jeder für den eigenen Mantel und den Gott, den sie anbeten, heißt Mammon. Wie lange noch soll diese Schmach auf den Arbeitern lasten? Wie lange noch soll es dauern bis diese zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen sind und sich dagegen aufraffen?

Steingrube, Weußen. Auf der 350 Meter-Sohle ist das Streikergemüde an vielen Stellen so schlecht, daß es fortgesetzt einzustürzen droht. Die Holzammerung in den Streiken ist ebenfalls verfault und häufig kommen Streikerdächer vor. Die Streiken sind auch und unsauber, so daß die Arbeiter immer nasse Füße bekommen. Es wäre dem doch sehr leicht abzuwehren und verursachte nur geringe Kosten. Ober müssen sich wieder Krankheiten und größere Katastrophen hereinbrechen, um das öffentliche Gewissen aufzupeitschen und die Grubenbesitzer an ihre Pflicht zu erinnern?

Segen Gottes-Grube, Ulm. Die Verhältnisse sind hier sehr schlecht; statt aber durch Befestigung der Uebelstände die Arbeiter an die Grube zu fesseln, versucht man es mit Bewaltnahmen, durch die Sperre. Die Militär kennt hier kaum noch Grenzen. So kam kürzlich um 12 Uhr mittags der Befehl in die Grube, daß bis 4 Uhr gearbeitet werden mußte, und eine Anzahl Arbeiter, die zur richtigen Zeit ausfahren wollten, weil sie sich darauf nicht eingerichtet hatten, wurden bestraft. Die Fahrstrecke betrug 6 in der zweiten Abteilung ist nur einen halben Meter hoch und zudem noch sehr naß, weil das Wasser stark da durchläuft. Die Uebelstände sind in mangelhaftem Zustand und werden nicht genügend desinfectiert, so daß die Luft verpestet. Auch die Abfälle stehen in gar keinem Verhältnis zu den Lebensmittel- und Klempreisen, und wenn der Arbeiter infolge einer Krankheit oder Militärübung einmal (wenn auch nur auf kurze Zeit) ausfallen muß, dann kehren Not und Elend ein in seine Behausung. Diese Zustände werden aber nicht eher beseitigt, bis sich der Arbeiter selbst ermannt und sich der Organisation anschließt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein Schurkenstreich der kath. Fachabteilungen.

Der „Deutsche Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands weiß in Nr. 26 vom 29. Juni 1907 folgendes Verräterstückchen von den katholischen Facharbeitern zu erzählen:

„Die Berliner Fachabteilungen begnügen sich bekanntlich nicht damit, den Streik als „Totfunde“ zu bezeichnen und damit die Arbeiter dem Scharfmachertum als wehrlose Lohnsklaven auszuliefern, sondern suchen sich auch noch bei etwaigen Streiks als Streikbrecherlieferanten dem Unternehmertum nützlich zu machen. Dafür legten sie kürzlich wieder ein drastisches Zeugnis ab. Auf den Schlegeler Gruben und Neuroder Kohlen- und Tonwerken in Schlefien hatte die Werkleitung 14 Vergleute wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahregelt, weshalb etwa die Hälfte der Belegschaften in den Streik trat. Die Berliner Facharbeiter begnügten sich nun nicht damit, daß sie sich nicht an dem Streik beteiligten, sondern sie organisierten auch einen gut funktionierenden Streikbrechermaschine, wie nachstehender Brief eines Berliner Arbeitersekretärs beweist:

„Glag, den 27. Sept. 1906.

Mein lieber Freund!

Dein Wunsch kommt gerade zur richtigen Zeit. Wir haben nämlich gegenwärtig eine Lieferung von ca. 100 Leuten an die Schlegeler Grube und in dieser Woche schon stark in Arbeit. Zum Werben kann ich eine freie Kraft zur Verfügung stellen. Natürlich muß die Direktion die schriftliche Erklärung geben, daß sie für die Aufwendungen aufkommt.

Die Direktion der „Neuroder Kohlen- und Tonwerke“ hat es schon getan!

Du weißt also, wie die Sache steht und warum es sich handelt. Ich bitte um baldmöglichste Antwort.

Mit herzlichen Verbandsgrüßen
Dein Freund
Straube.

Besten Gruß an Herrn Steiger! — Aber! daß die Sache nicht vorher zu den Ohren der „Roten“ kommt.

Die werden ohnehin klug sein, wenn sie von unserer Streikbrecherarbeit hören. Ueber die Neuroder Werke ist von den „Roten“ die Sperre verhängt!

Folgender gedruckte Zettel war dem Schreiben beigelegt:

„Junge kräftige Leute,

welche Lust haben, sich dem Bergmannsstande zu widmen,

können sich heute Abend von — bis — Uhr bei der unter-

zeichnenden Kommission im — melden.

Die Kommission des Arbeitsnachweises der

katholischen Arbeitervereine.“

Der „Deutsche Metallarbeiter“ führt hierzu aus:

„Privater ist wohl noch selten Arbeiter betrieblen worden, wie es hier von angeblich „überkatholischen Arbeiterfreunden“ geschieht. In den Augen eines jeden ehrlich denkenden Menschen ist eine solche Gesellschaft gerichtet. Es gibt keine parlamentarischen Worte, um ein solches Gebahren richtig zu kennzeichnen.“

Der „Deutsche Metallarbeiter“ hat für diese Handlungsweise die rechten Worte getroffen. Es gibt in der Tat keine Worte, um solche „christliche“ Tat zu kennzeichnen. Aber die Handlungsweise der „Facharbeiter“ wird noch besser ins Licht gerückt, wenn wir feststellen, für wen die Streikbrecher herangezogen werden sollten. Der Hauptbesitzer der Neuroder Kohlen- und Tonwerke ist Graf Magni, einer der reichbegütertesten Agrarier Deutschlands. Er war früher Zentrumsabgeordneter und trat in jener berühmten Abendsnacht im Jahre 1903 auch für das Zollgesetz ein, also für die Lebensmittelverteuerung. Seine Arbeiter ließ er hingegen mit den erbärmlichsten Löhnen im Steinkohlenbergbau Deutschlands nach Hause schicken. Kein Wunder, wenn die Bergarbeiter, die bisher treue Gesinnungsgenossen ihres Brotbrerren waren, schließlich mit Forderungen an ihn herantreten mußten. Die Folge dieser Lohnbewegung, mit der der Verband oder eine andere Organisation nichts zu tun hatte, war, daß Magni eine große Anzahl braver Familienväter auf — Straßenpflaster warf. Magni glaubte nun die Bergarbeiter zurückgedrängt zu haben, aber er mußte bald seinen Irrtum einsehen. Es fand der Bergarbeiterverband seinen Eingang, dem sich der größte Teil der Belegschaft anschloß. Erneut

wurden Forderungen gestellt, die, wie seit Jahren, wiederum schroff abgewiesen wurden. Die Bergarbeiter traten in den bekannten Ausstand, der 15 Wochen (vom 8. Dezember 1904 bis 18. März 1905) dauerte. Es gab kein anderes Mittel um aus dem Elend sich in etwa herauszuheben.

Daß die Bergarbeiter nicht aus Uebermut die Broden hinwarfen, mögen die folgenden Tatsachen zeigen. Bei Beginn des Streiks prüfte die Streikleitung die bisher verdienten Löhne. Es wurde festgestellt, daß von den 507 Bauern, die ihre Lohnbücher abgaben, eine große Anzahl nicht einmal 2,00 Mk. verdient hatten. In drei Monaten vor dem Streik wurde dieser Lohn in 260 Fällen nicht erreicht, in 29 Fällen verdienten Bauer nicht einmal 2,50 Mk. und viermal wurden nicht einmal 2 Mk. verdient. Damit waren die übrigen Löhne noch nicht erschöpft. Die Verzweiflung trieb also die Leute in den Streik. Es sollte den Bauern mindestens ein Lohn von 2,60 Mk. zugestimmt werden, aber höhnennd wies man die Arbeiter zurück. Dieser Streik wurde sogar von dem Arbeiterssekretär Müller (Facharbeiter) als berechtigt anerkannt, wenn es auch an Versuchen dieses Herrn nicht fehlte, den Streik zu nichts zu machen. Fünfzehn Wochen hielten die Arbeiter aus, dann kam ein Vergleich zustande. Nach dem Streik, der den Frieden bringen sollte, fehlten Grubenverwaltung wie die Facharbeiter alles ein, um die Organisation zu sprengen. Hatte man den Verband bei Seite geschafft, konnte wider nach Belieben mit den Arbeitern geschaltet und gestraft werden.

Inzwischen wurden die Lohnverhältnisse wieder so, daß die Belegschaft erneut hat, hier eine Besserung eintreten zu lassen. Graf Magni sah nun seine Zeit gekommen, und warf wiederum eine große Anzahl Arbeiter auf Straßenpflaster. Wie das erstemal, befanden sich auch diesmal unter den Gemahregelten die von der Zentrumsparlei so protegierten Mitglieder der Arbeiterauschüsse. Die Belegschaft suchte diese Mahregelung durch den Streik abzuwehren, dann schickte der Verrat der Facharbeiter ein, so wie ihn auch der „Deutsche Metallarbeiter“ schildert. Selbstverständlich merkte der Bergarbeiterverband die Absicht und rief den Kameraden vom Streik ab, die gleichfalls diese brutale Provokation herausfühlten, denn um nichts anderes handelte es sich. Der Verband ist nicht ausgeteilt worden. Die können, nachdem selbst ein christliches Organ das Urteil über die sich gleichfalls christlich nennenden Facharbeiter und Streikbrecher gesprochen, uns mit der Schilderung der Vorgeschichte begnügen. Die Verräter in der Fachabteilung richteten sich durch ihre Taten selbst. Sie wissen zwar, wie der obige Brief zeigt, daß sie mit ihrer Streikbrecherarbeit sich an den armen Arbeitern verblühen, aber verriet nicht auch Judas um 80 Schillinge seinen Herrn und Meister.

Der verwirrte „Bergknappe“.

Es steht jetzt still um die, die den „Bergknappen“ zu schreiben haben. Da ist der von den Christlichen so „genial“ geleitete und schließlich vertrachte Streik in Lothringen; da sind die aufgedeckten Intimitäten der Medlinghäuser Polizei und Gewerksvereine; es kommt hierin das gesunde Ururteil der „Niedergerichten“; der Schib des „christlichen“ Gewährsmannes in der Regierung, Graf Potobowski; das Ausbleiben der „zielbewußten christlichen“ Sozialpolitik, die Gefahr der Welken Gewerkschaften und schließlich will es selbst nach christlichem Ermessen auch sonst nicht mehr recht klappen. Parteistellungen sind über die christlichen Wähler gekommen. Alles wurde und kam anders, als man es sich gedacht hatte. Und darum ist es kein Wunder, wenn an Stelle der ruhigen Heberlegenheit nach links und rechts und überall drauf los gedrungen wird, was das Zeug hält. Führend, die Rolle eines Unstufers in der Pose des traurigen spanischen Mitter! Sein Name ist ja dem „Bergknappen“ bekannt. Aber weder alles Unheil was über die „Christlichen“ gekommen, noch das Unheil, was sie selbst geschaffen, befreit diese Leute. Noch trennen die erhaltenen Brägel und schon variert man von neuem mit dem Spinter. Wann wird dieses tödliche Spiel enden? Es kommt ja auch vor, daß sich die Christlichen und auch wohl der „Bergknappe“ die sie umgebenen Dinge recht aufzufassen versuchen, aber dann wird ihnen, besonders dem letzteren oft ein böser Streich gespielt, nämlich das Gedächtnis verläßt sie. Wir weisen nur auf das famose Bergarbeitergeschick hin, mit den hier verbundenen und vorgeschriebenen Arbeiterauschüssen. Einmal ist das Gefeg von den „Bergknappenmännern“ verfehlt worden, dann sahnte man sich mit diesem Gefeg aus, oder wie wir schreiben: Einmal sollen es „Steine statt Brot“ sein, ein andermal „Brot statt Steine“. Ist das eine Begriffsverwirrung. Nur in einem Breiten sich die Herrschaften konsequent, in der wilden Schimperei, wenn sie sich aus Verlegenheiten herausheifen wollen. Wenn der „Bergknappe“ über uns nur schimpfen kann, das ist Erfolg für die ihm geschlagenen Wunden übergeben. Auch in der letzten Bergknappennummer ist man dazu übergegangen, mit Schimpfen die eigenen Wüsten und Verlogenheiten hintenan zu halten. Brachte da kürzlich der „Bergknappe“ einen Artikel, der der Verherrlichung der Arbeiterauschüsse gewidmet war. Der Artikel sollte begeistern für die Ausschüsse in die Massen einschlagen und gleichzeitig die landläufige Meinung eines Hue über diese Ausschüsse einige Meter tiefer hängen. Und nun begingen wir das Verbrechen, dem „Bergknappe“ zu sagen, daß unsere Meinung über die Arbeiterauschüsse noch immer dieselbe sei wie bisher und daß den Arbeiterauschüssen und dem „Bergknappen“ durchgehend unter Mithilfe des Zentrums die Fingel geknickt wurden. Die Arbeiterauschüsse seien, so wie sie jetzt bestehen, in den Augen der Werksbesitzer eine Null. Aber immer seien die Parteien und auch die dem „Bergknappen“ am nächsten stehende Partei, das Zentrum, an diesem Zustand schuld. Diese hat sich mit den Arbeiterauschüssen ausdrücklich das Recht, bei Streitigkeiten mitzuwirken, genommen. „Zwölftmal mit großem Zettrud ist — in der „Bergarbeiter-Zeitung“ — vom Zentrum die Rede, mit dem man den „Bergknappen“ gar zu gern in Zusammenhang bringen möchte.“ So meint der „Bergknappe“ und da hat er Recht. Gar zu gern möchten wir uns von dem christlichen Organ befähigen lassen, daß es das Zentrum war, das mithilfe, die Bergarbeiterrechte in den Boden zu trampeln, und das mithilfe, die Arbeiterauschüsse zu jener Bedeutungslosigkeit zu verdammen, zu der sie jetzt verurteilt sind. Der „Bergknappe“ bestreitet ja nicht, daß die Arbeiterauschüsse in der Lohnfrage nicht kompetent sind und das noch so laute Rufen im „Bergknappen“ wird diese Kompetenz auch nicht herbeiführen oder auch nur vergrößern. Warum beschimpft uns nun der „Bergknappe“ und warum drückt er sich wie die Kage um den heißen Brei herum, wenn es sich darum handelt, einzugehen, daß hier die Zentrumsparlei den Arbeitervertrag mit auf dem Gewissen hat? Antwort, „Bergknappe“, wollen wir, nicht dein blühendes Geschimpfe! Gib zu, daß deine Neutralität nicht vor den Zentrumsstören Halt macht und wir wollen nachher zusammen arbeiten, um aus den bestehenden Arbeiterauschüssen zu machen, was noch zu machen ist. Doch wie schon oft gesagt, das Organ des Zentrumsgeverksvereins wird sich hüten, die genannte Zentrumschuld einzugehen. Und das will keine Zentrumsgeverkschaft sein? Ach, „Bergknappe“, wenn die Familienbände zwischen dem Gewerksverein und der Zentrumsparlei wirklich nicht so festgeschlossen wäre, als sie jetzt ist, du hättest längst die ewigen Flammagen satt, längst düstest du mit offenem Messer kämpfen.

So aber — Der „Bergknappe“ ist nun zu der traurigen Rolle verdammt, die schälimsten Körperverletzungen vorzunehmen, nur um die Weste weiß schinen zu lassen. Es fehlt ihm an vernünftigen Gründen, und da ist es kein Wunder, wenn das Blatt sich jetzt zum dritten oder vierten Male darüber moquiert, daß Polozny in der Labbacher Versammlung als Vorhänger nicht immer — hört ihr es, Hörer! — nicht immer aufgestanden ist. Darum, und weil er nichts anderes ist hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit ihren Anschauungen und Fragen über die Arbeiterauschüsse unrecht. Ist der „Bergknappe“ — so fragen wir — nicht ein bejammenswertes Organ? Wir möchten nicht „Bergknappe“ sein! Wie dem Hue und Polozny, so ergeht es dem Tuzynski und Janisch. Weil die Ausschüsse in den Wollschächten während des Schlepptrecks ihre Schulbigkeit nicht getau haben, darum werden die beiden letztgenannten gleichfalls nach Bergknappenmanier abgesetzt. Da soll die „Bergarbeiter-Zeitung“ geschrieben haben:

„Vor der Schleppe von Jede Wollke eine Kommission wählen, traten sie an das ihnen persönlich bekannte Ausschussmitglied Josef Köhler heran mit dem Ersuchen, ihre Forderungen bei der Verwaltung vorzubringen. Köhler lehnte dieses ab mit der Begründung: „Ach was, macht das nur lieber selbst, ihr werdet mit dem Betriebsführer doch besser fertig als wie der Ausschuss!“

Das ist richtig! Der „Bergknappe“ bezeichnet diese zuletzt genannte Behauptung als eine wissenschaftliche Frage, weil es kein Ausschussmitglied auf Jede Wollke namens Köhler gibt. Nun, lieber „Bergknappe“, es handelt sich zunächst um die Behauptungen selbst und da stellen wir fest, daß in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Labbad die Schleppe selbst den Ausschüssen die obenbezeichneten Worte entgegenhielten und das anwesende Ausschussmitglied Schmitz — handelt es sich nicht Köhler um diesen Mann? — gab zu, daß es so sei. Was will der „Bergknappe“ noch? Sucht er es abzustellen, gut, so veranlasse er eine öffentliche Versammlung in Labbad mit voller Abwesenheit und die Sachen mit dem Arbeiterauschuss, Janisch und Tuzynski, werden sich schnell klarstellen lassen. Polozny verspricht, falls er als Vorhänger gewählt wird, immer hübsch stehend den Bergknappenleuten seine Forderungen zu machen. Noch eine „Unwahrheit“ nagelt der „Bergknappe“ fest: Das Ausschussmitglied Scharfenstein habe nicht, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ behauptet, gesagt, der Arbeiterauschuss sei eine Null, sondern „der Arbeiterauschuss sei in der Lohnfrage gewissermaßen eine Null“. Man stelle diese beiden Behauptungen gegeneinander und suche uns die „große Unwahrheit und absichtliche Verdröhung“ heraus. Wir haben geschrieben, in Lohnfragen seien die Arbeiterauschüsse durch Mithilfe des Zentrums eine Null und belegten das mit dem Ausspruch Scharfensteins. Für uns war die Besprechung der Kompetenz des Arbeiterauschusses in Lohnfragen die Hauptsache, um darzulegen, daß der „Bergknappe“ sich mit seiner Verhöhnung der Arbeiterauschüsse zu weit gewagt habe und daß der „Bergknappe“ merkwürdigerweise fortgesetzt den in dieser Frage begangenen Zentrumsverrat totzuschweigen verucht. Uns ist der Verweis gelungen, der „Bergknappe“ hingegen gerberdet sich wie verrückt und hopft in seinen Verleumdungen schimpfend und polternd auf reinen Nebenbühlerherum herum. Und alles das, weil wir zu der Politik der Zentrumsparlei und der des Zentrumsgeverksvereins nicht zu allem Ja und Amen sagen.

Polozny. Wie wir schon in der letzten Nummer unserer Zeitung mitteilten, wurde unser Kamerad Witt, wegen angeblicher Beleidigung des Bergwerksdirektors Paul Edert zu Weisthen (Schlefien) vom Schöffengericht in Bochum zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Damit nun aber Herr Direktor Edert nicht glaubt, alle Welt und besonders die schlesischen Vergleute werden von ihm sagen: „Dies Kind, kein Engel ist so rein“, müssen wir auf die Sache noch einmal zurückkommen. Zunächst sei festgestellt, daß Kamerad Witt nicht etwa verurteilt wurde, weil auf der „Fuchsprube“ alles tipp topf sei, sondern die Beurteilung ist lediglich wegen Formaler Beleidigung erfolgt. Der Gerichtsbescheid erkannte ausdrücklich in seiner Urteilsbegründung an, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“, als das Organ der Bergarbeiter das Recht habe, Mithilfe auf den Gruben zu üben und dadurch auf deren Verbesserung hinzuwirken, aber in diesem Falle sei in der Form gefehlt und darum müsse Bestrafung eintreten. Wenn es sich darum gehandelt hätte, festzustellen, ob das Fuchspruben ebenfalls in diesem Falle ein schwerer Mithilfe war, dann — das darf Herr Edert auf Wort glauben — hätten wir dafür den vollständigsten Beweis erbracht. Nach § 256 der Verordnungen des Königlich Oberbergamts zu Breslau ist der Betriebsleiter verantwortlich auch für gefeg- und bergpolizeiwidrige Handlungen von Unterbeamten, wenn sie gegen gefeg- oder bergpolizeiwidrige Handlungen bulden. Herr Direktor Edert will den Bergmann Geisler, der mit dem verunglückten Seigelt zusammen arbeitete, als Aufsichtsbearbeiter im Sinne des § 196 der Verordnungen des Königlich Oberbergamts zu Breslau angesprochen wissen, und damit will er auch den Bestimmungen des oben genannten Paragraphen genügt haben. Herr Direktor Edert wird gestatten, daß wir uns daraufhin diesen „Aufseher“ einlelle er etwas näher ansehen. Geisler wurde zunächst kurz vor dem Unfall (am 1. März) mit Seigelt zusammen vor einen Ort gelegt, wo er den „Probegauer“ machen mußte. Das heißt, die Verwaltung hatte die bis dahin vor diesem Betriebsleiter beschäftigte Kameradschaft im Verdacht, daß sie nicht genug leiste. Geisler mußte hier also das Gebirge „machen“. Wie er dieser seiner Aufgabe nachgekommen ist, das hat der verunglückte Seigelt seiner Frau wiederholt erzählt. Wie unsinnig hat er darauf losgedröhert, alle bergpolizeilichen Vorschriften sowohl bei der mechanischen Kohstengewinnung, wie bei der Schichtarbeit gänzlich außer Acht gelassen. Seigelt, welcher beabsichtigte, von Geisler bei der Werkverwaltung der Faulheit bestraft zu werden, hat diese unsinnige Schulterteil mitgemacht und seine Frau sagt, daß er während dieser „Probegauerzeit“ vollständig erkrankt und übermäßig, halb tot von der Schicht nach Hause gekommen wäre. Uns durch diese unsinnige Wühleret der Jwed derselben erreicht, d. h. das Gebirge „gemacht“ war, wurden sie dort wegverlegt und andere Kameraden möchten nun sehen, wie sie auf das „gemachte“ Gebirge Lohn verdienten. Wenn sie das wollten, dann blief ihnen nichts übrig, als ebenfalls die bergpolizeilichen Vorschriften nicht zu beachten. Dieses raffinierte „Probegauererfahren“ ist gewiß auch nicht des Profits wegen eingeführt; wozu es eingeführt ist, mögen die Wähler wissen und — Herr Bergwerksdirektor Edert. Nun zu dem Unfall. Dieser ereignete sich im März vier. Dieses ist durch eine durchsichtige 2 1/2 Meter mächtige Gesteinschicht in zwei Teile geteilt, die jede für sich gesondert abgebaut werden. Im unteren Teile des Flöztes war ein Brennsberg getrieben, der in seinem oberen Teile zusammengebrochen war. Vor dem Bruch war ein Ueberhauen durch das Bergmittel nach der oberen Flözhälfte getrieben und dieser diente als Fahrstrecke und Rollweg für die oben gewonnenen Kohlen. Aber dies war auch der einzige Ausweg, indem die obere Wetterstrecke zusammengebrochen war. In der oberen Flözhälfte war auch zunächst ein Brennsberg und davon ausgehend Orter getrieben worden. Diese waren bereits abgebaut und dann war auch die am Brennsberge stehen gebliebene Vergeste (Sicherheitspfeiler) abgebaut worden. Diese zu Bruch zu werfen und dabei Holz zu rauben, war die Aufgabe Geislers und Seigelts. Jeder erfahrene Bergmann wird hiernach ohne weiteres erkennen, daß diese Arbeit äußerst gefährlich war und darum unterbleiben mußte. Aber in dieser Beziehung ist bezeichnend ein Satz in der Privatklage des Herrn Edert. Dieser lautet: „Der Verichterfasser der „Bergarbeiter-Zeitung“ scheint auch wenig Ahnung vom Bergbau zu haben, sonst müßte er wissen, daß die abgebauten Grubenfelder doch zu Bruch geworfen werden müssen; gleichgültig, ob Holz dabei gewonnen wird oder nicht.“ Wir könnten den Spieß umkehren und mit viel größerem Rechte sagen: Herr Bergwerksdirektor Edert scheint wenig Ahnung vom Bergbau zu haben, sonst müßte er wissen, daß man abgebaute Grubenfelder auch zu Bruch bringen kann, ohne daß man Arbeiter damit beauftragt, Holz für Holz herauszuschlagen, solange bis der Bau zusammenbricht und dabei deren Leben aufs Spiel zu setzen. Aber Herr Edert kennt ja auch andere Methoden, dieses Ziel zu erreichen, allerdings wird dabei kein Holz gewonnen. Will man aber nicht zugeben, daß die erstgenannte und dort angewandte Methode des Zubuchwerfens des Profits wegen gefeghen ist, ja, zum Donnerwetter! wozu dann sonst? Und wegen gefeghen ist, ja, zum Donnerwetter! wozu dann sonst? Und auch bei dieser gefährlichen Arbeit hat der „Aufseher“ Geisler, der mit arbeitete, alle Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen, hat blind drauf los geschlagen und gewühlt, so daß der verunglückte Seigelt noch am Tage vor seiner Verunglückung seiner Frau gegenüber auferte, ihn werde dabei noch etwas passieren? Seine Frau hat ihn gebeten, er möchte doch lieber zu Hause bleiben, was Seigelt jedoch ablehnte mit der Motivierung, er würde da nun als Schwächling angesehen werden. Er wollte also nicht als Schwächling gelten und dieses mußte er mit dem Tode büßen! Das ist die Geschichte des Unfalles. Ob nun durch den oben zitierten Satz Herr Edert „schmer belästigt“ ist, darüber mögen sich die Leser ein Urteil bilden. Wir wissen, daß der Bergbau Gefahren für die Bergarbeiter in sich birgt, die ganz zu bannen nie möglich sein wird. Aber darum müssen wir verlangen, daß alles getan wird, um diese Gefahren auf das möglichste geringste Maß zu beschränken. Und wenn das nicht geschieht, dann werden wir uns dagegen wehren, selbst wenn es einen Bergwerksdirektor unbedeutend ist, oder wenn es dessen Prozessverreter „Aufsehung zum Klaffen“ nennt. Davon wird uns auch eine — oder auch mehrere — Heftigungen nicht abhalten und Herr Direktor Edert mag verächtlich sein, daß wir die Zustände auf der „Fuchsprube“ in Zukunft ganz besonders unter die Lupe nehmen werden.

Wotrup. „Willst du nicht mein Bruder sein schlag ich dir den Schädel ein!“ Nach diesem Grundgesetz sollen die Gebrüder J. ihren Bruder behandelt haben, weil er dem Gewerksverein beigetreten, so berichtet in seiner Nr. 25 der „Bergknappe“. Wie so vieles, was der „Bergknappe“ bringt, ist auch diese Legende erfunden. Man sucht indes niemand hinterm Busch, hinter dem man nicht selbst gesehen, feurer „Bergknappe“ und zum Beweise dafür diene folgender Fall. Kürzlich, an einem Sonntag prägerte der Gewerksvereinsälteste Beckmann aus Egen einen Bergarbeiter W. durch, weil dieser sich aus dem Gewerksverein hatte trennen lassen. Dreimal schlug W. den W. mit einem Stock über den Schädel, bis es blutig zu arg wurde und er nun seinerseits den W. derart durchpragelte, daß dieser laut und läuglich schrie, er habe recht genug, er sei schon bald am Sterben, und vorübergehende Frauen um Hilfe anrief. Ein Gewerksvereinsältester, der die Knappschaffensmitglieder durch Prügel zum Gewerksverein zu forcieren sucht. Wir kondolieren.

Bottrop. Immer und immer wieder müssen wir Fälle konstatieren, wo Mitglieder des Gewerkschafts uns mit den schärfsten Mitteln die Mitgliedschaft abzutreiben versuchen und wie sie dabei von der Polizei und Gendarmen unterstützt werden. Aber nichtschamhafter gibt sich der „Vergnapp“ fast in jeder seiner Nummern als Wärtiger, als verfolgte Individuum. Auf unsere Freistellungen geht der „Vergnapp“ mit seiner Seite ein, dafür bringt er, legt aus Bottrop die Schamerade, daß unser Bezirksleiter Ludwig zu einem Gewerkschaftsmitglied in dessen Wohnung eintrat und das Haus geegnet sei, und dessen Mitgliedsbuch, trotzdem nur ein schulpflichtiges Kind anwesend war, mitgenommen und nach Bottrop geschickt habe. In einem zweiten Fall habe L. der Frau des abwesenden Mitglieds erklärt, daß er eine Steuerreklamation unentgeltlich für ihren Mann auffertigen wolle und dazu das Mitgliedsbuch haben müsse und auch dieses Buch habe L. nach Bottrop geschickt. In dieser Darstellung hat nun unser Kamerad Ludwig dem „Vergnapp“ auf Grund des Verhältnisses folgende Berichtigung gesandt:

„Es ist unrichtig, daß ich mir von dem schulpflichtigen Kinde eines Gewerkschaftsmitglieds in dessen Wohnung das Mitgliedsbuch zeigen ließ und daselbe dann mitnahm und nach Bottrop schickte. Wahre dagegen ist, daß ich mir auf Befehl des betreffenden Mitglieds das Buch von dessen 13 Jahre alten Tochter geben ließ.“

2. Unwahr ist weiter, daß ich für ein Gewerkschaftsmitglied eine Steuerreklamation unentgeltlich machen wollte und mir zu diesem Zweck in dessen Wohnung von seiner Frau das Mitgliedsbuch geben ließ und dann nach Bottrop schickte. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen.

Bottrop, 25. Juni 1907. St. Ludwig.

Wir sind wirklich neugierig, wie sich der „Vergnapp“ jetzt herauswagt.

Gelsenkirchen. Was sind die Arbeitersekretariate den Arbeitern wert? Der Bergmann H. D. aus Hordelmann erkrankte am 18. Oktober 1904 im Betriebe der Zeche Nordstern eine Verletzung des linken Handgelenks. Beim Legen einer Ringplatte hat er sich das Gelenk verletzt, das noch weiter gearbeitet, aber seine Kameraden und dem Steiger Mitteilung gemacht, weil die Hand anschwellen und schmerzte. Der Zustand verschlimmerte sich dann derart, daß H. die Arbeit einstellen mußte. Die Berufsgenossenschaft beschränkte den Unfall und schickte ihn nach Gelsenkirchen ab. Die eingelegte Berufung wurde vom Schlichtergericht zurückgewiesen, weil nicht erwiesen sei, daß er die Verletzung im Grubenbetriebe erlitten habe. Mit dem eingeleiteten Rekurs wurde beim Reichsversicherungsamt erreicht, daß daselbe die beiden Arbeitskammeraden und auch den Steiger durch das Amtsgericht vernommen ließ. Die Verbundungen fielen zu Gunsten des H. aus und der Kreisarzt, der dann noch über den Zusammenhang befragt wurde, gab die Wahrscheinlichkeit zu, daß sich der Unfall so zugetragen haben könnte. Das Reichsversicherungsamt verurteilte dann die Berufsgenossenschaft 50 Proz. der Volkrente an H. zu zahlen, vom 18. Januar 1905 ab in monatlichen Raten von 42,25 M.

Die Berufsgenossenschaft hat dem H. bis einschließlich Juni d. J. 1418,18 M. nachzahlen müssen. Die lange Prozeßführung sowie auch die persönlichen Vertretungen am Amtsgericht hätte H. nicht durchzuführen können, wegen seiner Mittellosigkeit, wenn der Arbeiter nicht organisiert war und darum das Arbeitersekretariat dieses unentgeltlich besorgte. Das ist der Wert der Arbeitersekretariate für die Arbeiter.

Kentfort bei Gladbeck. Der „Vergnapp“ regt sich in seiner Nr. 24 Mühsal darüber auf, daß das Mitglied Peter Stieling wegen Boykott aus dem Verbands ausgeschlossen wurde, trotzdem er zehn Monate keinen Beitrag mehr bezahlte, dem Verband also nicht mehr angehört habe, dagegen schon drei Monate im Gewerkschaft gewesen sei. Der Sachverhalt ist folgender: Stieling ist im März hier zugezogen und hat sich beim Vertrauensmann unseres Verbandes angemeldet, ohne jedoch das Buch vorzuzeigen, welches er angeblich vergessen haben sollte. Unser Vertrauensmann gab dann dem Zeitungsboden den Auftrag, Stieling die Zeitung zu bringen, zugleich aber dessen Mitgliedsbuch zu revidieren. Beim erneuten verstand Stieling unserer Voten vorzuschwindeln, er habe das Buch verlegt, als aber beim zweitenmal das Buch angefordert nicht zu finden war, wurde ihm die Zeitung entzogen. Wenn Stieling, wie der „Vergnapp“ schreibt, also wirklich schon am 1. März dem Gewerkschaft beigetreten ist, dann hat er sich uns gegenüber eines freien Beitrags schuldig gemacht, indem er unter Vorweisung falscher Tatsachen sich die Zeitung zu erschwindeln versuchte. In der früheren Zahlstelle hat sich Stieling nicht abgemeldet und unser Vertrauensmann konnte daher, da Stieling kein Mitgliedsbuch vorlegte, nicht wissen, daß dieser mit seinem Beitrag so lange im Rückstand war und zudem bereits dem Gewerkschaft angehört. Stieling ist demnach also ein Betrüger, und wir können dem Gewerkschaft diese Werte. Im Gewerkschaft ist es übrigens gar nicht möglich, wie aus zahlreichen uns vorliegenden Fällen zu sehen, festzustellen, wie lange das Mitglied dem Gewerkschaft angehört, nicht einmal der Name des Mitglieds ist in seinem Buch verzeichnet, sondern lediglich eine Nummer. Die Mitglieder des Gewerkschafts sind also wie eine Schafherde, nur nummeriert. Wir möchten uns aber an dieser Stelle noch die Frage erlauben, warum die Auflage des „Vergnapp“ 25-30 000 Exemplare höher ist, wie die angegebenen Mitgliederzahl?

Sodingen. Kriegervereinsmoral. Eine sehr seltsame und recht wenig christliche Moral hat der Sodinger Kriegerverein aus Anlaß der Beerdigung zweier auf Zeche Mont Genis I erunglückter Kameraden, welche gleichzeitig dem Kriegerverein und unserm Verband angehörten, bewiesen. Beinahe zwei Jahrzehnte haben diese Kameraden dem Kriegerverein als Mitglied angehört, und bis zum letzten Tage haben sie ihre Beiträge dort bezahlt, trotzdem erlich man auf der Zeche einen Anschlag, daß der Kriegerverein zur Beerdigung der beiden Kameraden nicht antrete, weil sie dem Bergarbeiterverband angehört hätten. Bis zum letzten Tage läßt man sich viele Jahre lang gefallen, daß die beiden Kameraden dem Kriegerverein durch ihre Beiträge unterstützen, das Geld hat man stets genommen, nie zurückgewiesen, trotzdem verlor man den Toten die letzte Ehre. Der Kriegerverein scheint auch den Grundsatz zu haben: „Wohlfahrt ist nicht!“ Wir müssen gestehen, daß wir uns zu einer solchen Moral mit doppeltem Boden nicht aufschwingen können. An den Gräbern der Toten soll aller Parteihader Parteihader schweigen, sich aber an Toten zu rächen, weil sie im Leben eine von uns abgewandte Anschauung vertraten, das ist mehr als schief. Vielleicht aber hat man, weil man sich an die Lebenden nicht heranwagen, was ja der Umstand beweist, daß sie bis zuletzt ihre Beiträge zahlten, noch an den Toten sein Mißtrauen zu fühlen gesucht? Es erinnert dies sehr lebhaft an die Fabel von dem alten Löwen, der sterbend vor seiner Höhle lag und den die Tiere des Waldes, die sonst vor ihm in Schrecken gerieten, jetzt verdrängten und dem selbst der träge Esel noch einen Fußtritt verfeigte. Das Verhalten des Kriegervereins, man mag die Sache drehen, wie man will, widerspricht nicht nur allen Regeln des Anstandes, sondern auch den Grundsätzen des Christentums. Die Kameraden hatten nichts anderes getan, als was jeder Vater, jeder Krämer, jeder Metzger, jeder Kaufmann, jeder Unternehmer tut, sie hatten sich, wie es Pflicht eines jeden Bergarbeiters ist, zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen organisiert und darum ist das unqualifizierte Verhalten des Kriegervereins doppelt verwerflich. Dieses nichtswürdige Verhalten unserer toten Kameraden gegenüber hat auf unsere Verbandskameraden wie ein Pfeilenschlag ins Gesicht gewirkt. In großen Scharen kamen sie herbeigeeilt, ebenfalls die Mitglieder des Unterstützungsvereins, um ihnen auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Kameraden das letzte Geleit zu geben und so gestaltete sich der Leichenzug zu einer imposanten Kundgebung. Als der Kriegerverein verfeigte, wurden sich die Verbandskameraden doppelt ihrer Pflicht bewußt, und so muß es auch in Zukunft sein. Heraus aus dem Kriegerverein, wo der Widerstand eines längst vergangener Zeitalters jeden freien Vortritt an erschanden sucht, das muß die Antwort sein auf die Beschimpfung unserer toten Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Bomm.

Burnreder. Wer die Berichte in unserer Zeitung aus dem Burnreder in letzter Zeit gelesen, wird wissen, daß sie im hiesigen Bergbau eine Entwicklung vollzieht, welche den Arbeitern sehr zum Nachteile ist. Durch die Konzentration des Grubenkapitals und Zusammenlegung und Verdrängung der Gruben in eine Aktiengesellschaft ist die Freigabe der Bergarbeiter vollständig beseitigt worden. Ein freiwilliger Arbeitswechsel innerhalb der zehn Gruben des Schmeidler Bergwerks gibt es nicht mehr. Es war einmal... wo der Bergmann auch im Nachener Revier, wenn ihm die Arbeit nicht mehr behagte oder wenn er mit einem Beamten in Differenzen geriet, oder wenn er auf einer anderen Zeche mehr zu verdienen glaubte, die Arbeit wechseln konnte. Diese Zeit ist nun aus dem Burnreder verschwunden. Das eine muß man den Zechebesitzern und Kapitalisten im frommen Nachener Revier lassen, sie verheizen es, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren, sich kapitalistischer zu machen, um das einzige Bestreben der Bergarbeiter — deren Arbeitskraft — besser in Anspruch nehmen zu können. Was bei dieser Zusammenlegung der Zechebarone am meisten empfindlich ist, das ist die Gruben, keine Zeche, keine

christliches Gewerkschaftsorgan auch nur mit einem Worte die frommen katholischen Grubenkapitalisten warnt, sich nicht mit den liberalen und freimaurerischen Grubenmagnaten zusammenzuschließen. Jedenfalls ist den Zechebesitzern nicht so viel an dem Seelenheil der frommen Kapitalisten gelegen, als an dem des armen Bergmannes. Wenn ein katholischer Bergmann mit einem sozialdemokratischen Kameraden verkehrt, dann wird Zeter und Mordio geschrien, dann wird dem gläubigen Arbeiter vorgehalten, daß das Leben hienieden nur ein Lebergangleben sei, er müsse alle nichtgläubigen Kameraden meiden, sonst würde er an seinen Seelenheile Schaden leiden und würde in alle Ewigkeit den Höllenqualen der Verdammnis verfallen. Für das Seelenheil der Grubenkapitalisten haben diese frommen Leute kein Interesse, was soll dann aber aus diesen Kapitalisten im Jenseits werden? So lange wie die Arbeiter den Zechebesitzern folgen, so lange sie sich von einer Einigung zurückhalten lassen, blüht der Weizen der Grubenkapitalisten, wie sich aus nachfolgendem ergibt: Während die Arbeiterkassen in den meisten Bergrevieren ein etliche Pfennige in diesem Jahre geflossen sind, sind laut amtlichen Bericht im Nachener Revier die Einnahmen im ersten Quartal 1907 gegen das vierte Quartal 1906 um drei Pfennige pro Schicht zurückgegangen. Im vierten Quartal 1906 betrug der Durchschnittsverdienst 4,87 Mark und im ersten Quartal 1907 4,54 Mark. Im Jahre 1906 war der Lohn im Vergleich zu 1905 auf 4,50 Mark gestiegen, was aber nicht auf eine bessere Entlohnung der Arbeiter sondern auf das Ueberfließen von Wasser und Mangelhaftigkeit des einzelnen Arbeiters zurückzuführen ist. Der einzelne Arbeiter muß seine Arbeitskraft immer mehr ausspannen, den Rücken aber haben allein die Werksbesitzer. Der einzelne Arbeiter brachte dem Schmeidler Bergwerksverein im letzten Jahre über 100 Mark mehr Reingewinn als im Jahr vorher. Dem Arbeiterausschuß der Zeche Schmeidler Referat wurde in seiner letzten Sitzung vorgehalten, daß die Nacharbeit vollständig freiwillig sei, wenn diesbezüglich seitens der Beamten ein Zwang ausgeübt würde, so sollten die Arbeiter dies an zuständiger Stelle melden. Wie wir an anderer Stelle unserer Zeitung schon vermeldeten, wurden Arbeiter, die sich weigerten, nachdem sie einmal ausgefahren, zur Nacharbeit wieder einzufragen, andern Tags nach Hause geschickt. Auf den Zeche, wo die Nacharbeit noch nicht allgemein eingeführt, wurde dieselbe jetzt eingeführt und die Arbeiter laut Anschlag verpflichtet, zweimal zwei Stunden jede Woche nachzuarbeiten. Und solchen Dreck und Quaal, nennt man im Nachener Revier freiwillige Nacharbeiten. In fast allen Bergrevieren waren im letzten Jahre mehr Arbeiter beschäftigt als im Jahre vorher. Im Schmeidler Revier wie auch im Burnreder ging die Zahl der Arbeiter zurück. Im Burnreder waren 1906 beschäftigt 8855 gegen 8450 im Vorjahre, also 100 Arbeiter weniger als im Jahre 1905. Der Bergat Ludowici führt dies darauf zurück, daß die holländischen Gruben die Arbeiter aus dem Burnreder angezogen hätten. Jedenfalls dürften aber noch andere Zustände dazu beigetragen haben, daß keine fremden Arbeiter im Nachener Revier für längere Zeit zu halten sind. Das Ueberfließen von Wasser, die lange und schwere Arbeitszeit im Bergbau hat die Gesundheit des Arbeiters ruiniert und die Zahl der Unfälle Fälle erhöht. Darüber geben die amtlichen ermittelten Unfallziffern Auskunft. Während die Zahl der Arbeiter zurückging, stieg die Zahl der Unfälle von 801 im Jahre 1905 auf 840 im Jahre 1906, dieselbe erhöhte sich also um 39. Von den 9983 Mitgliedern des Burnreder Bergwerksvereins sind nicht weniger als 12 500, im Vorjahre 11 788 ärztlich behandelt worden. Von den 12 500 ärztlich behandelten Mitgliedern mußten nicht weniger als 7804 also gleich 62,4 Prozent der Mitglieder längere oder kürzere Zeit krankheit. Im Burnreder waren 380 und an Tophus 256 Arbeiter erkrankt. Die Tophustranken waren mit wenigen Ausnahmen auf Zeche Anna in Arbeit. Auf Burnreder wurden 4591 Arbeiter untersucht, wovon 388: 7,8 Prozent für Burnreder wurden. Diese Zahlen beweisen, daß der Gesundheitszustand der Burnrederleute ein trauriger ist. Während die Zahl der Arbeiter zurückging, stiegen die Unfallziffern und auch die Zahl der Kranken im allgemeinen. Ueber die Ursachen der hohen Krankenliste behaupten die Herren Krankenkassenverwalter, daß dieses auf das hohe Krankengeld zurückzuführen sei, welches die Burnreder zahlen, dabei muß man berücksichtigen, daß dies hohe Krankengeld sage und schreibe, täglich eine ganze Mark und acht und sechzig Pfennige beträgt. Es erlaubt sich die brave christliche Aktiengesellschaft dem Bergmann ins Gesicht zu schleudern, weil sie wissen, daß sie einem gesunden Zechearbeiter eben alles bieten können. Der Michel kauft zwar, macht auch mal eine Faust in der Tasche, aber daran zu denken, wie den Beschäftigten das Handwerk zu legen sei, das ist den meisten zu viel Arbeit. Man überläßt es einem kleinen Zechearbeiter, daß sie der Organisation betreten und für Abschaffung der Mißstände eintreten, sie sagen sich, was die Organisation erreicht, das kommt auch uns zu gute. Die so denkenden Kameraden begreifen nicht, daß sie gerade das Gemeinwohl für jede Verbesserung sind, denn die Grubenbesitzer würden recht bald gezwungen werden können, wenn die Organisation eine stärkere wäre, noch manche der heute bestehenden Mißstände abzuändern. Daß hier noch hundertfache Mißstände vorhanden sind, haben wir hundertmal in unserer Zeitung nachgewiesen und wollen wir für heute nur nochmals auf die Zustände in den Maschinenhallen zurückkommen. Das von den Maschinenisten das Leben der Mannschaften oftmals abhängt, brauchen wir wohl nicht zu erwähnen. Aus dieser Ursache schon sollte man glauben, daß das Arbeitsverhältnis der Maschinenisten ein solches sei, daß diese Arbeiter mit Freude und Zufriedenheit an ihre Arbeit gingen. Dies ist aber nicht der Fall. Während auf den benachbarten holländischen Zeche die Maschinenisten nur acht Stunden arbeiten und dabei auch zu zweien zusammenzufassen und sich alle zwei Stunden ablösen, besteht im Burnreder noch die zwölfstündige Schicht. Wo zwei Mann zusammen an einer Maschine stehen, da ist der zweite Mann in der Regel mit Nebenarbeiten beschäftigt, so daß die Maschinenisten tatsächlich eine zwölfstündige Schicht haben. Für eine so verantwortungsvolle Arbeit dürfte die Arbeitszeit höchstens acht Stunden betragen. Auf den Gruben, wo die Arbeitszeit nur bis zu zwölf Stunden beträgt, da stehen die Maschinenisten allein an der Maschine. Wenn man in Betracht zieht, daß im Sommer in den Maschinenräumen manchmal 35 bis 36 Grad Hitze herrscht und daß die Arbeiter zwölf Stunden in dieser Hitze anhaltend arbeiten müssen, bei einem Lohn von vier Mark, im höchsten Falle 4,20 Mark, so wird jeder es als ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit erachten, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Zunächst wäre es dringend notwendig, daß der Lohn aufgebessert würde. Die Arbeitszeit dürfte im höchsten Falle acht Stunden betragen. Auch sollten bessere Ventilatoren angeschafft werden, um die allzu große Hitze zu verhüten. Ferner wäre es dringend münchenswert, nicht bloß im Interesse der Maschinenisten selbst, sondern auch im Interesse der gesamten Arbeiterkraft, daß wenigstens während der Mannschafsförderung kein Maschinenist allein an der Maschine stehen dürfte und empfehlen wir der Aufsichtsbehörde, hier mal nach dem Rechte zu sehen. Den Arbeitern und Maschinenisten wäre zu raten, durch Anschlag an die Organisation selbst Hand anzulegen, um ihre traurige Lage zu verbessern.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Alt-Zäffig. Mit welcher schändlichen Mittel die Kirche hierorts für ihren im Sterben liegenden Orden Propaganda machen, zeigt folgender Vorfall: Am Dienstag den 28. Mai erhielt der Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes (Zahlstelle Alt-Zäffig) eine mit dem Stempel des Ortsvereins S.-D. versehene Karte folgenden Inhalts:

Hiermit zur Kenntnis, daß das Mitglied Nr. 133 102 vom Bergarbeiter-Verbande zum S.-D. Gewerkschaft übergetreten ist. Genanntes Mitglied verbietet sich jede weitere Befähigung von Seiten des Bergarbeiter-Verbandes. Der Vorstand des Ortsvereins S.-D.

Um hier Klarheit zu schaffen, ging der Vertrauensmann unseres Verbandes zu dem betreffenden Mitglied und stellte dieses zur Rede. Die Sache war um so merkwürdiger, als der Verbandsbote erst drei Tage zuvor mit der Zeitung bei dem betreffenden Mitglied gewesen, und dieser die fälligen Beiträge anstandslos entrichtet hatte. Da der Vertrauensmann tatsächlich erst durch die Karte Kenntnis von dem Austritt erhielt, also auch das Mitglied nicht befragt haben konnte, so fragte er, wie man dazu komme, eine solche Anschuldigung zu erheben. Jetzt erst klärte sich die Sache auf. Das Vorstandsmitglied des Ortsvereins S.-D. hatte versucht, das Verbandsmitglied herüberzuziehen. Dabei mußten die schändlichsten Lügen herhalten, um die Zwecklosigkeit des Bergarbeiter-Verbandes zu beweisen. Unter anderem behauptete der betreffende, daß seit Neujahr die Zahlstelle Alt-Zäffig des Bergarbeiter-Verbandes 24 Mitglieder verloren habe, und noch länger es fortwährend abwärts. Der Vertrauensmann, Kamerad Zinger, bekam 24 M. festen Gehalt monatlich. Die Zahlstelle Alt-Zäffig hätte längst aufgehört, Geld an den Hauptvorstand zu senden, im Gegenteil, es müßte fortwährend Geld nach hier geschickt werden usw., durch diese frechen Schwindelreden betört, hatte sich das Mitglied endlich bewegen lassen, dem Gewerkschaft S.-D. beizutreten. Einen Auftrag, monach der Vorstand des Ortsvereins das Mitglied abmelden sollte, hatte niemand erteilt. Ebenso war von keiner

Befähigung die Rede gewesen. Dieses alles hatte sich das betreffende Vorstandsmitglied geradezu aus den Fingern gesogen. Kein Mensch ist wegen der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum Verbands befragt worden. Und wie es weiter mit dem angeblichen Mitgliedsbuch in der Zahlstelle des Bergarbeiter-Verbandes aussieht, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Seit 1. Januar 1907 sind dem Bergarbeiter-Verband (Zahlstelle Alt-Zäffig) Mitglieder verloren gegangen: durch Tod 3, durch freiwilligen Austritt 5, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 4, durch Fortzug 18, durch Aufnahme anderer Arbeit 4, zusammen 29 Mitglieder. Seit 1. Januar 1907 neu hinzugekommen: durch Zuzug 8, neu aufgenommen 19, zusammen 27 Mitglieder. Nach dieser Zusammenstellung haben wir seit Neujahr 2 Mitglieder verloren. In Wirklichkeit haben wir 10 Mitglieder mehr, denn die durch Tod, Fortzug und Uebernahme anderer Arbeit verlorenen können nicht als Austritt betrachtet werden. Durch diese Aufstellung ist bewiesen, wie sehr von den Herren geschwindelt worden ist. Angehörige dessen möchten wir uns aber die schlichtere Frage erlauben, wie es mit dem Mitgliedsbuch bei den Kirchen in Alt-Zäffig steht. Beim Streik 1906 hatten sie kaum 30 Mitglieder, jedenfalls werden es aber jetzt noch weniger sein. Wenn wir heute eine klare Uebersicht über den Mitgliederstand der Zahlstelle Alt-Zäffig gegeben haben, so können wir von den Herren jedenfalls das gleiche erwarten. Dann wird auch, das kann jetzt schon gesagt werden, die Hilfslosigkeit dieser auch-Gewerkschaftler vor aller Welt in Erscheinung treten. Die Kirche nehmen im Waldburger Revier nicht zu, sondern ab; denn heute sind es schon nicht mehr einzelne Mitglieder, welche dieser auch-Gewerkschaft den Rücken lehnen, sondern ganze Vereine, welche zur Auflösung schreiten wollen, wie in der April-Verammlung des Niederrheinischer Vereins klar zum Ausdruck kam. Man steht auch mit der Zeit auf Seiten der Kirche immer mehr ein, daß die S.-D. Gewerkschaften nicht in der Lage sind, wirtschaftliche Vorteile zu bringen. Jeder noch halbwegs denkfähige Kamerad in den Reihen der Kirche wird mit der Zeit dorthin kommen, wo er schon lange hingehört hätte, zum Bergarbeiter-Verband. In den Mitgliedern des Bergarbeiter-Verbandes wird es liegen, hier Breche zu schlagen. Jeder Kamerad muß ein Agitator für unsere Sache sein, tut er dieses, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Kattowitz. Die Frauen bringen sehr oft unserem Verbande ein großes Mißtrauen entgegen, weil sie die Ziele des Verbandes nicht kennen. Dann tut ihnen das Weib leid, welches der Kassierer jeden Monat abholt, obwohl sie die dort parat Groschen im Hausballe so sehr notwendig brauchen. Die Schuld daran tragen die Männer, weil sie ihre Frauen nicht aufklären und auch nicht in die Verammlungen mitbringen. Wie oft hört man noch den (rückständigen) Mann sagen: „Ach, was geht das die Frau an, das ist doch nur für uns Männer, die Frau versteht ja doch nichts davon!“ Dieser Standpunkt ist ein ganz verkehrter. Die Frau leidet genau so wie der Mann unter der kapitalistischen Ausbeutung, deshalb soll sie auch genau wissen, wie der Mann sich schützen und plagen muß um den Hungerlohn, der zum Leben der Familie obendrein nicht ausreicht; die Frau soll mit agitieren, soll mitkämpfen, deshalb muß unbedingt jede Frau aufzuklärt werden. Da dies von den Männern in genügender Weise nicht geschieht, deshalb hat sich die Bezirksleitung veranlaßt gesehen, in gewissen Zeitabständen Frauenversammlungen einzuberufen. Die erste dieser Verammlungen findet am 14. Juli nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftsraum in Kattowitz statt. Wir hoffen, daß jeder Mann es seiner Frau ermöglicht, in die wichtige Verammlung zu kommen. Jedes Mitglied muß seine Frau mitbringen und wo der Mann nachlässig ist und nicht gehen will; da muß die Frau darauf dringen, daß der Mann mit ihr in die Verammlung geht. Wo Frauen Oberschlesien's, zeigt den brutalen Kapitalismus, daß es genug der Not, genug des Elends ist; daß wir höhere Löhne haben wollen, um als Menschen auch ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Scheint massenhaft zu der Verammlung und kämpft mit uns für bessere Rechte.

11. Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Die Generalversammlung war vom Gewerkschaft auf den 30. Juni und folgende Tage nach Gelsenkirchen im Ziegenhagen'schen Lokale einberufen worden. Während wir dies schreiben, wird eine geschlossene Sitzung die endgiltigen Beschlüsse über die Aenderungen des Statuts wie über die Taktik des Gewerkschafts fassen; so daß wir heute noch nicht in der Lage sind ein vollständiges Bild über die Ergebnisse der Generalversammlung zu geben. Beschränken wir uns zunächst auf einige kritische Bemerkungen.

Es mochten auf der Generalversammlung wohl 200 Delegierte anwesend sein, und zwar aus allen Revieren Deutschlands wo der Gewerkschaft in größerem Umfang Fuß gefaßt hat. Im großen und ganzen dieselbe Physiognomie wie auf den Tagungen des Bergarbeiterverbandes. Das blaue „Freimaurerzeichen“ der Arbeit auf den Gesichtern zeigte uns, daß wir Bergarbeiter vor uns hatten, die gleiche abgegründete Zunft kann sich nicht verleugnen. Und so wie sich die Bergarbeiter hier gleichen, so unterscheiden sie sich auch nicht in ihren Leiden und Klagen; gegen die Ausnutzung durch das Grubenkapital. Wo wir die Delegierten beider Verbände sich mit den allgemeinen Lebensfragen der Bergarbeiter, mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen überhaupt beschäftigen sehen, da existieren kaum Meinungsverschiedenheiten. Nicht einmal über die Anwendung der großen Mittel zur Abstellung der Uebelstände im Bergmannsleben in man sich uneinig. Wo aber in diesem Falle die Meinungen über die Anwendung der Mittel auseinandergehen, da handelt es sich um Gegenstände kleinlicher und oft widerlicher Natur. Wo sehen hierbei völlig davon ab, was man den Kampf um „Weltanschauungen“ zwischen beiden Verbänden nennt. Wir kennen keine Weltanschauung, die die Trennung der Bergarbeiter im Kampfe gegen das vereinigte Kapital einwandfrei begründen könnte. Und immer da, wo auch auf der Generalversammlung des Gewerkschafts von „Weltanschauungen“ gesprochen wurde, da klang es wie ein Fremdwort in die Reihen. Man mag da drehen und drehen wie man will, richtig ist, daß die Gegenstände innerhalb der Bergarbeiterchaft sich aufbauen auf unauflöslischem Grunde. Wie ändert sich die Situation, wo es sich um eine gemeinsame Abwehr, wo die Not die Gruppen, die Kameraden aller „Weltanschauungen“ zum Handeln zwingt. Ist es nötig, an das Jahr 1905 zu erinnern?

Wir sagen, wo es sich um die Meinungen über die Anwendung der Mittel handelt, wo die Meinungen bei den beiden großen Verbänden auseinandergehen, da ist viel „Lärm um Nichts“ geschlagen worden. Und noch so kräftige Worte klingen uns nicht über diese Tatsache weg. Wir erinnern nur an die Frage der Arbeiterausschüsse, wie sie auf der Generalversammlung des Gewerkschafts behandelt wurde. Wieviel Worte sind auf der Generalversammlung hierüber gefallen und zwar unnußig gefallen. Ja, man kann sagen, die Beratungen der Generalversammlung standen geradezu unter dem Zeichen der Frage: der Arbeiterausschüsse. Wohlher auf diese Institution und heftige Anklagen gegen den Bergarbeiterverband wechselten sich reichlich bei jeder Gelegenheit während der ganzen Tagung ab. Warum das alles, warum die Anklagen gegen uns?

Ja, hätten wir jemals die Arbeiterausschüsse als solche als eine unfinnige Einrichtung hingestellt, sie bekämpft, sie vor uns auf immerdar zurückgewiesen, dann könnte man die Erregung begreiflich finden. Aber wie stehen die Dinge: Der Verband hat nicht, wie man sich fortgesetzt auf der Generalversammlung des Gewerkschafts ausgesprochen, „aufsanften und niederträchtigen Arbeitererrat“ begangen, weil er sich im Ruhrbecken nicht an den Ausschussmaßnahmen beteiligte. Unter Verrat verstehen wir, hätten wir uns prinzipiell gegen eine Institution gewendet, von der augenblicklich oder für die nächste Zeit oder überhaupt das Wohl und Wehe der Bergarbeiter abhängig. Nicht aus Prinzip haben wir uns nicht an den Wahlen beteiligt. Das sollte doch endlich auch der Gewerkschaft einleuchten. Warum wir uns nicht an diesen Wahlen beteiligten, ist längst dargelegt worden und die Wahlen selbst zeigten uns, daß wir auch der Stimmung der Bergarbeiter Rechnung trugen. Wo aber die Verhältnisse anders lagen oder liegen werden als zur damaligen Zeit im Ruhrbecken, da steht unferneits einer Be-

